

Stadtentwicklung und Verkehr

Stadtentwicklung und Verkehr

Automationsunterstützte Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie (MA 14)

Die MA 14 versorgt den Magistrat der Stadt Wien mit Leistungen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). Unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit und des optimalen Kosten/Nutzen-Verhältnisses agiert die MA 14 rasch, zuverlässig und mit hoher Qualität. Die MA 14 versteht sich als kundenorientierter Dienstleister und kompetenter Berater, der sich an den Bedürfnissen der Bürger/innen orientiert und die Abteilungen und Dienststellen des Magistrats – unsere Kund/innen – beim bürgernahen Handeln unterstützt. Die Abteilung versteht sich aber auch als Gestalter des IKT-Einsatzes im Magistrat Wien, der die IKT-Strategien entwickelt, abstimmt und deren Einhaltung kontrolliert. Die MA 14 soll eine vorbild- und modellhafte Abteilung hinsichtlich des IKT-Einsatzes im „Dienstleistungskonzern Magistrat“ sein und handelt in Übereinstimmung mit ihrem Leitbild und ihren Grundsätzen.

Das Leistungsangebot der MA 14

Die MA 14 verrechnet seit einigen Jahren ihre Leistungen kostendeckend auf der Basis einer professionellen Vollkostenrechnung. Das Leistungsangebot der Abteilung ist in einem **Leistungs- und Produktkatalog (LPK)** beschrieben und im Intranet der Stadt Wien verfügbar. Dieser Leistungs- und Produktkatalog dient als Entscheidungsgrundlage für die Fachabteilungen, damit sie mit den vorhandenen Budgetmitteln einen optimalen EDV-Einsatz planen können. Die MA 14 bietet grundsätzlich die gesamte Vielfalt an Leistungen und Produkten in den Bereichen EDV und Telefonie, die für die Dienststellen erforderlich sind, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Zu einem Teil erbringt die MA 14 die Leistungen selbst, zu einem anderen Teil werden Leistungen zugekauft.

Willkommen im LPK Produkt-Katalog



Der Leistungs- und Produktkatalog LPK wurde im Lauf des Jahres 2003 völlig neu gestaltet. Der Umfang der Daten, die für Kunden, aber auch den internen Gebrauch zur Verfügung stehen, wurde wesentlich erweitert. Unser Leitgedanke dabei war, mehr und bessere Information in allgemein verständlicher Form zu übermitteln. Die zusätzlichen technischen Möglichkeiten dieses Services lassen nun auch eine Verbindung zum System EBP (Elektronische Bestellung Professionell – Online-Bestellung von Lagerwaren) zu. Beide Systeme sind miteinander verknüpft, so dass der Benutzer unmittelbar zwischen der Beschreibung und dem Bestellsystem weitergeschaltet werden kann.

Die Leistungen der MA 14 stellen sich den Dienststellen gegenüber im Wesentlichen in zwei großen Gruppen dar: Leistungen im Rahmen von Projekten werden nach tatsächlichem Aufwand verrechnet, während Produkte mit einer fixen Leistungsdefinition und einem festgesetzten Preis angeboten werden. Sämtliche Leistungen der MA 14 - ADV werden im Zug der Internen Leistungsverrechnung – meist in Form von Vergütungen – in Rechnung gestellt.

Interne Leistungsverrechnung der MA 14

Die im Jahr 2000 in der Abteilung eingeführte Vollkostenrechnung ist eine Kostenträgerrechnung. Das bedeutet, dass sämtliche Aufwände – auch die Personalkosten – auf die Produkte umgelegt werden. Die überwiegenden Kosten (mehr als 85 Prozent) können direkt Produkt- und Projektkostenstellen zugeordnet werden, während nur rund 15 Prozent als „Zentrale Dienste“ in einem Umlageverfahren im Zug der Kalkulation sämtlichen Produkten zugerechnet werden.

Die MA 14 kalkuliert ihren Leistungs- und Produktkatalog jährlich neu, wobei das Nachfrageprofil der Dienststellen in gleicher Weise wie auch technische und preisliche Änderungen am Markt berücksichtigt werden. Ziel der Kalkulation ist es, sämtliche Aufwände der MA 14 (Personal wie Sachmittel) über die geplanten Leistungen mit den geschätzten Mengen abdecken zu können. Ein wesentliches Problem dabei ist die Variabilität der Anforderungen, aber auch die technischen Entwicklungen sind zum Teil schwer einschätzbar.

Um die Preise des Leistungs- und Produktkatalogs auch vor dem Hintergrund der Marktsituation zu überprüfen, wurde im Frühjahr 2003 im Zug eines Auftrags an die Firma META-Group Österreich (Bestbieter in einem Vergabeverfahren im Herbst 2002) ein „benchmarking“ durchgeführt. Der Auftragnehmer verglich die Leistungsdefinitionen und die dafür seitens der MA 14 verrechneten Preise mit 10 anderen internen IKT-Dienstleistern mit Interner Leistungsverrechnung im deutschsprachigen Raum.

Das wesentliche Ergebnis der Untersuchung ist:

- Von den umsatzstärksten LPK-Leistungen (mehr als 0,1 Prozent des Umsatzes) liegen 72 Prozent unter dem Marktdurchschnitt der Vergleichsgruppe (100 Prozent).
- Die 20 umsatzstärksten LPK-Leistungen sind gewichtet um insgesamt 5 Prozent günstiger als der durchschnittliche Marktpreis.

Die Ergebnisse sind für jede Leistung gesondert dokumentiert und kommentiert. Die Projekt- und Auftragsabwicklung sowie die Leistungsverrechnung erfolgen vollständig mit Hilfe des Systems SAP. Die Rechnungen werden im Wesentlichen vierteljährlich erstellt und den Buchhaltungsabteilungen der Dienststellen übermittelt. Ledig-

Stadtentwicklung und Verkehr

lich die Rechnungen über Klein-/Verbrauchsmaterial und Geringwertige Wirtschaftsgüter werden monatlich erzeugt.

Leistungen der MA 14 im Jahr 2003

Die Abteilung hat im Jahr 2003 Leistungen für die Dienststellen im Umfang von rund 51,95 Mio. EUR erbracht. Die am stärksten nachgefragten Leistungen sind in der folgenden Tabelle sichtbar:

Die 10 umsatzstärksten Leistungen der MA 14 im Jahr 2003

Nr.	Produkte	Erlös in EUR	Anteil in Prozent
M14000	Beratung + Projektabwicklung MA14	12.839.796,61	23,65
M14030	Großanlage CPU-Verbrauch	3.720.930,35	6,85
M14260	Office-Dokumente	3.523.977,15	6,49
M14880	Telefon im Verbund-Betrieb	3.166.609,05	5,83
M14250	Betrieb Datenbanken (UNIX, NT)	2.756.925,12	5,08
M14110	Hotline + Service	2.069.091,71	3,81
M14902	PC mit Bildschirm	1.977.898,55	3,64
M14940	PC-Betrieb pauschaliert	1.880.604,27	3,46
M14160	Netzdienste PC	1.737.940,33	3,20
M14080	Netzwerk-Infrastruktur	1.347.707,30	2,48

Zur Verdeutlichung des Umfangs und der Durchdringung der Verwaltung des Magistrats der Stadt Wien mit EDV-Werkzeugen sollen einige Kennwerte dienen: Die Versorgung mit IT-Infrastruktur hat mittlerweile – in unterschiedlicher Ausprägung – sämtliche Bereiche der Verwaltung erfasst. Mehr als 16.000 PC-Workstations sind installiert. Beachtenswert ist das beinahe völlige Verschwinden der Terminals.

Wie stark die elektronische Kommunikation in der Verwaltung bereits Platz gegriffen hat und welche Dynamik gerade in diesem Bereich gegeben ist, zeigt die Entwicklung des E-Mail- und FAX-Verkehrs (Grafik 2).

All das führt gleichzeitig zu einem erhöhten

Bedarf an Unterstützung der Endanwender/innen. Die Frequenz an der Hotline kann dies im Überblick über die vergangenen Jahre (Grafik 3) deutlich machen.

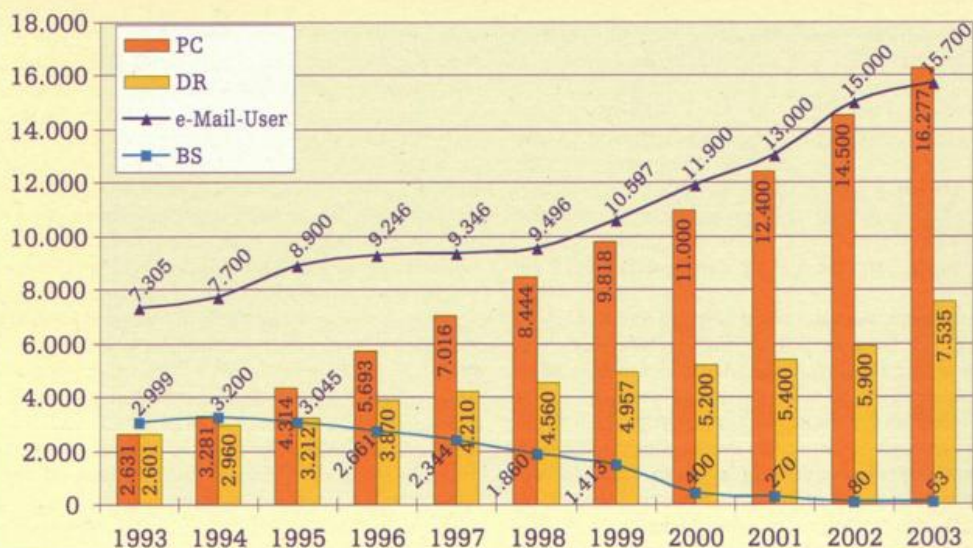
Besondere Vorhaben im Jahr 2003

Neben dem Schwerpunkt der Aufrechterhaltung des Betriebs der IKT-Infrastruktur im Magistrat der Stadt Wien wurden im Berichtszeitraum einige besonders hervorzuhebende Projekte durchgeführt:

Organisationsuntersuchung

Die MD-VO hat einen Dienstleistungsauftrag für eine „Situations- und Organisationsanalyse“ der MA 14 ausgeschrieben. Dabei sollten vornehmlich die Effizienz, Effektivität und die Kundentreue im Rahmen der vorhandenen und gegebenen Randbedingungen untersucht werden. Die Zielsetzungen für die externe Untersuchung durch die Firma Bearing-Point, Wien, waren die Durchführung einer Situations- und Organisationsanalyse inklusive einer Organisationsdiagnose, Erstellung eines Zielkataloges, Erstellung von mindestens drei Konzeptvarianten für eine optimierte Aufbau- und Ablauforganisation, Erstellung eines Anforderungsprofils und der Stellenbeschreibungen eines Dienststellenleiters/einer Dienststellenleiterin, Erstellung eines Umsetzungskonzepts und das Projektmanagement zur Durchführung der externen Untersuchung. Die Auftragsabwicklung startete am 16. Mai 2003. Die Vorlage des Zwischenberichts erfolgte am 3. September 2003, der Projektabschluss erfolgte bis zum 31. Oktober 2003. Als Ergebnis der Untersuchung wurde ein umfangreicher Bericht vorgelegt, der zu den Themen Strategie (inklusive Auftragsvergaben an Externe), Steuerung (Budgetierung und Finanzierung, Transparenz der Leistungsziele

Grafik 1: Installierte EDV-Arbeitsplätze



hungen), Aufbauorganisation, IT-Prozesse und Grafische Anwendungen Schwachstellen und Lösungsmöglichkeiten aufzeigte. Mit der Umsetzung der Ergebnisse wurde Ende 2003 begonnen.

QTE-Leasing

Von der Finanzverwaltung wurde angeregt, die Informationsverarbeitung in eine Finanztransaktion einzubeziehen. In der Stadt Wien wurden bereits derartige Transaktionen vorgenommen. Das Einbeziehen eines Rechenzentrums in eine derartige Finanztransaktion stellt derzeit eine Einmaligkeit dar. Die Transaktion umfasst die in den Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien verwendeten/eingesetzten integrierten oder integrierbaren Systeme aufeinander abgestimmter und vernetzter Informations- und Kommunikationskomponenten (Hardware und Software), welche in ihrem Zusammenwirken definierte Dienstleistungen erbringen. Das o. a. System wird an den US-Investor vermietet (lease, Gesamtlaufzeit 20 Jahre). Dieser räumt der Stadt Wien im Gegenzug ein Rückmietrecht (lease back) mit einer Fixpreis-Kaufoption nach etwa 14,5 Jahren ein.

Grundprinzip der Leasingtransaktion ist, dass wirtschaftliches und zivilrechtliches Eigentum am System aus österreichischer Sicht zu jedem Zeitpunkt bei der Stadt Wien verbleiben und auch das uneingeschränkte Nutzungsrecht sicher gestellt ist. Der US-Investor macht auf Grund des Erwerbs des Mietrechts in den USA Steuervorteile geltend und ist daher bereit, einen Teil des aus dem Steuervorteil lukrierten Betrags der Stadt Wien zuzuwenden. Knapp vor Jahresende 2003 wurden die Verträge unterzeichnet. Insgesamt ist ein Transaktionsvolumen 150 Mio. USD gegeben, wovon der Magistrat 6,8 Mio. USD erhält. Ein Drittel davon ist für Infrastrukturinvestitionen der MA 14 vorgesehen.

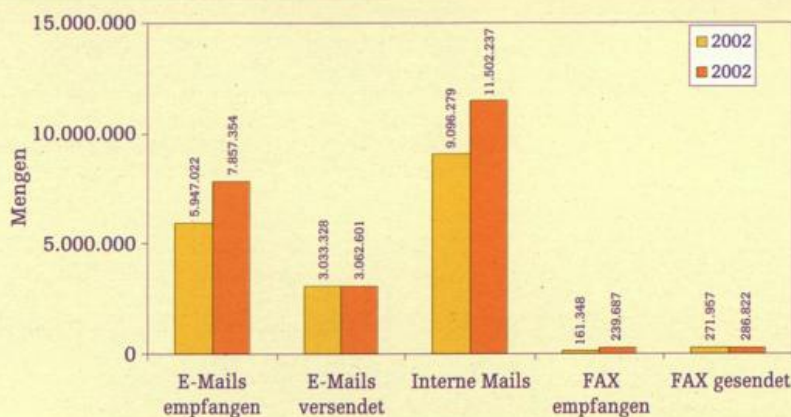
ETM - Erneuerung der Telefonie im Magistrat

Mit 1. Jänner 2002 wurde die Telefonie von der MA 14 übernommen. Neben der Entwicklung der EDV-Endgeräte kann nun auch die der Telefonie-Nutzung dargestellt werden (s. Grafik 4).

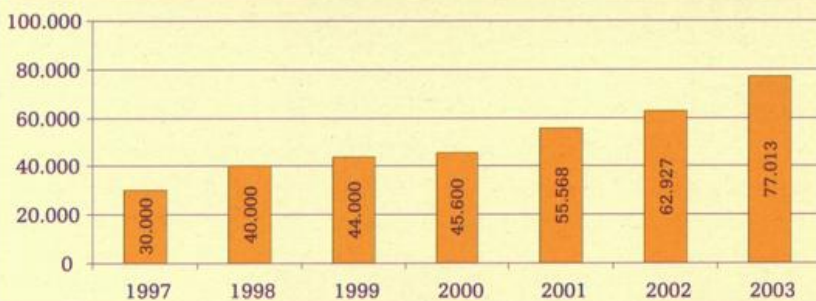
Eine der ersten Aufgaben war es, die bestehende Telefoninfrastruktur zu analysieren. Entsprechende Untersuchungen haben ergeben, dass die Festnetz-Telefonssysteme veraltet sind bzw. von Lieferfirmen nicht mehr gewartet werden und daher im Sinne einer stabilen, ausfallsicheren und modernen Betriebsführung zu erneuern sind.

Ein weiteres wichtiges Ziel war die Ausschreibung des auslaufenden Vertrags für die Mobiltelefonie. Dieses Vergabeverfahren „Mobiltelefonie VPN“ ist bereits abgeschlossen. Seit 1. Jänner 2004 telefonieren die rund 5.000 Handybenutzer/innen des Magistrats im Netz der mobilkom austria. Durch den neuen Vertrag ergeben sich für den Magistrat der Stadt Wien wesentliche wirtschaftliche Vorteile. Unter Berücksichtigung des zukünftigen Gesprächsverhaltens werden im

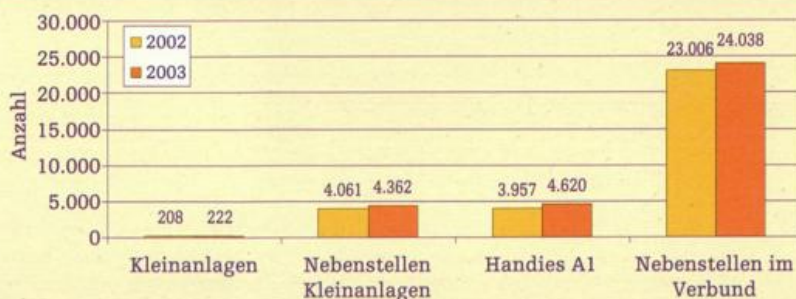
Grafik 2: Kennzahlen zur elektronischen Kommunikation 2002/2003



Grafik 3: Störungsmeldungen gesamt



Grafik 4: Entwicklung der Telefonie 2002 - 2003



Bereich der Grund- und Verbindungsentgelte monatliche Einsparungen von ca. 50 bis 55 Prozent erzielt. Dabei stehen sämtliche technische Funktionalitäten auch weiterhin wie gewohnt zur Verfügung.

Zur Erneuerung der Festnetz-Telefonssysteme wurde das Projekt ETM (Erneuerung Telefonie Magistrat) gestartet. Dabei werden die rund 120 Telefonanlagen und 22.000 Nebenstellen im Sinne der Sprach-Datenintegration erneuert. Für eine entsprechende Vergabe wurde Anfang 2003 ein zweistufiges Verhandlungsverfahren begonnen. Dieses in Mitteleuropa auf Grund des großen Netzes mit seinen vielen Nebenstellen und ver-

Stadtentwicklung und Verkehr

teilten Telefonanlagen einzigartige Vergabeverfahren befindet sich derzeit in der Endphase.

Im Rahmen der im laufenden Vergabeverfahren durchgeführten Hearings wurden alle wesentlichen und technisch aktuellen Konzepte und Features überprüft. Daraus resultierend konnte eine detaillierte Fassung des Pflichtenheftes an die noch im laufenden Verfahren verbliebenen Anbieter zur konkreten Angebotslegung übergeben werden. Die Ermittlung des Bestbieters wird voraussichtlich nach weiteren noch zu führenden Aufklärungsgesprächen im Frühjahr 2004 abgeschlossen sein. Auf Grund des in der ersten Stufe stattgefundenen Einspruchs ergibt sich bereits jetzt eine Verzögerung des Zeitplanes von einigen Monaten, so dass die Realisierung des Projektes, vorbehaltlich der Verzögerungen durch weitere Einsprüche, frühestens im 3. Quartal 2004 beginnen wird.

Neugestaltung und Inbetriebnahme des zentralen Output-Zentrums

Im Rahmen einer wirtschaftlichen Gegenüberstellung wurde für den Bereich „Zentraler Output Mainframe“ erhoben, dass die Erbringung dieser Leistungen im eigenen Bereich inklusive der notwendigen Investitionen in Summe kostengünstiger ist als ein komplettes Outsourcing dieser Tätigkeit. Mit Jahresende 2003 wurde nach erfolgter Ausschreibung und Installation von vier neuen Hochleistungsdruckern und einer Hochleistungs-kuvertieranlage der Produktionsbetrieb aufgenommen. Gleichzeitig wurde ein Konzept realisiert, das ermöglicht, ab sofort neben der Mainframe-Workload auch sämtlichen Druck-output, der von jedem Arbeitsplatz des Magistrates über das Magistratsnetz transportiert werden kann, zentral zu drucken und nachzubearbeiten. Somit kann auch den Anforderungen vieler Magistratsabteilungen bei ihren Zentralisierungsüberlegungen Rechnung getragen werden.

Ausbau der Katastrophenvorsorge des Mainframes

Im Bereich des IBM-Mainframes wurde das Katastrophenvorsorgekonzept für die Datenerhaltung durch die Ausschreibung, Beschaffung und Installation neuer Storagekomponenten erweitert. Zusätzlich zu den schon vorhandenen Sicherungsrobotern auf den beiden Hauptstandorten Rathaus und Forum wurden mit Jahreswechsel 2003/2004 Plattenspeichersysteme in Betrieb genommen, die eine komplette Spiegelung des Mainframe-Datenhaushaltes auf diesen beiden Lokationen ermöglichen. Aufgrund dieser Maßnahmen werden die Verfügbarkeit der Daten wesentlich erhöht und die Wiederanlaufzeiten durch geringere Aufwände bei einem eventuell auftretenden Katastrophenfall wesentlich verringert.

EVienna – E-Government

Im Jänner 2001 kam von der Magistratsdirektion

der Auftrag, das E-Government-Projekt eVienna bis Ende 2003 umzusetzen. Mit der Leitung des Projekts wurde die MDI betraut. Ziele von eVienna waren, das Service für Bürger/innen zu erhöhen, die Transparenz in der Verwaltung zu verbessern und Bürger/innen in die Abläufe mit einzubinden. Von den insgesamt 68 realisierten Projekten konnten bis Ende 2003 57 Projekte online gesetzt werden. 11 Projekte werden noch im Laufe des Jahres 2004 online geschaltet. Die Umsetzung der Vorhaben verursachte Projektkosten in der Höhe von 3,8 Mio. EUR, darin sind die Kosten der MA 14 wie auch externe Dienstleistungen enthalten. Im Rahmen dieses Projekts wurde wertvolle Infrastruktur geschaffen.

Elektronischer Akt (ELAK)

2003 war geprägt von einer grundlegenden Neuausrichtung und -positionierung des ELAK, basierend auf den bisherigen Erfahrungen des ELAK-Einsatzes im Magistrat unter Verwendung der neuesten Entwicklungen des Basisproduktes Fabasoft Components. ELAK Phase II ist ein magistratsweit einheitliches Aktenverwaltungssystem und stellt einen technologischen Quantensprung dar. Das System ist mit dem Bundes-ELAK vergleichbar, für die Stadt Wien wurde der Leistungsumfang jedoch um die Möglichkeit der dienststellenübergreifenden Zugriffe erweitert. Damit ist die Stadt Wien die erste Verwaltung, die ELAK in diesem Funktionsumfang auf breiter Basis in Produktion bringt. Der Rollout des neuen Systems startete termingerecht am 8. Jänner 2004.

SAP

2003 wurde gemeinsam mit der MA 6 der Rollout mit Beginn 2004 vorbereitet und am 7. Jänner 2004 in acht Dienststellen der Geschäftsgruppe Finanzen durchgeführt. Das System läuft erfolgreich und bis Ende des Jahres sollen alle 1.590 Anwender/innen mit SAP arbeiten.

Erweiterung des „ViennaGIS“-Geodatenverbundes

Digitaler Zentraler Leitungskataster

Für die Vergabe von Aufgrabungsbewilligungen in der MA 28 ist die Kenntnis der Lage der unterirdischen Objekte und Leitungen erforderlich. Schwerpunkt waren 2003 die Erfassung der Kabeltrassen der Telekommunikationsbetreiber, die eine wertvolle Ergänzung der Datenbank des „Zentralen Leitungskatasters“ darstellen.

Geologie Datenbank

Für Tiefbauprojekte ist die Kenntnis der Zusammensetzung des Baugrundes erforderlich. Es wurde gemeinsam mit der MA 29 im Projekt „Bohrlochkataster“ ein Auskunftsdienst über die Geologie des Stadtgebietes eingerichtet.

GIS-Projekt „LICHT GIS“

Gemeinsam mit der MA 33 wurde die geografische

Datenbank der öffentlichen Beleuchtung eingerichtet, die für den laufenden Änderungsdienst der Betriebsanlagen benötigt wird.

E-Government

Für das Verfahren des Plandokumentsentwurfs wurden softwaremäßige Kontrollroutinen geschaffen, die den geometrischen Inhalt von Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfen für Umwidmungen auf Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen der Bauordnung von Wien prüft. Damit wird die Rechtssicherheit des Plandokumentsverfahrens erhöht, das mit dem Gemeinderatsbeschluss abgeschlossen wird.

Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18)

Die Ausweitung der Selbstverantwortlichkeit der Dienststellen hat einen höheren Umfang an administrativen Tätigkeiten zur Folge, die Erstellung der Kontrakte, steigende Anzahl und wachsender Umfang der Berichte haben zwar ein höheres Kostenbewusstsein mit sich gebracht, deutlich merkbare Einsparungen konnten dennoch nicht erzielt werden. Auch die Abwicklung von Projekten, die von der Europäischen Union gefördert werden, verursacht immer mehr Aufwand für Kontrolle und Dokumentation, sodass die Beteiligung an kleineren Projekten unwirtschaftlich wird.

Ausarbeitung des Stadtentwicklungsplans

Die Erstellung des neuen Stadtentwicklungsplans (STEP 2005) durch die MA 18 erfolgt

- in „traditioneller“ Weise durch Studien, Expertisen, Auswertungen und Berechnungen,
- im breiten (fachlichen) Diskussionsprozess, die wichtigsten Inhalte aber immer
- im Dialog zwischen den die Zukunft Wiens mitbestimmenden Bürger/innen aus Wien und der Region, Verwaltung, Stadtpolitik, Investoren, Bauträgern, Interessensvertretern u. a.

Neben der magistratsinternen Eigenexpertise in kleinen effizient arbeitenden Teams zu Sektoral- und Querschnittsthemen wurden auch externe Expertisen beauftragt:

- Die Studie „**Städtische Lebensqualität – Auswirkungen des Wohnens**“ analysierte vorliegende Forschungsarbeiten, Erhebungen und Expertenbefragungen auf Auswirkungen auf das Wohnen, untersuchte Wohnungsangebot und -nachfrage (inklusive Wohnzufriedenheit) in Wien, Suburbanisierung und Wohnbauförderung, gab Handlungsempfehlungen und machte Vorschläge zu Teilräumen (z. B. dicht bebautes Stadtgebiet).
- Die Studie „**Formen, Nutzen und Grenzen der Partizipation in Planungsprozessen**“ traf zusammenfassende Aussagen zu bisherigen und laufenden Stadtplanungsprojekten. Immer öfter lädt die Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr die Bewohner/innen der Stadt zur Mitarbeit an lokalen und regionalen Planungskonzepten ein. Die Studie betrachtet auch methodische und strategische Aspekte der

Partizipation und leitet daraus Empfehlungen für Beteiligungsstrategien, vor allem für langfristige, generelle Pläne und Programme sowie den STEP selbst, ab. Durch Partizipation gehen Pläne und Programme wirksam auf die Bedürfnisse der Betroffenen ein und erhöhen die Identifikation mit der Stadt bzw. Stadtteilen.

Des Weiteren wurden vier Fachworkshops abgehalten:

- am 16. und 17. Juli 2003 diskutierte man anlässlich des 100. Geburtstags des in Wien geborenen und wirkenden Viktor Gruen **Zukunftsperspektiven** der Vision einer lebenswerten und nachhaltigen Stadt: „Die autofreie Stadt“, „Die lebenswerte Stadt – Attraktivität städtischen Wohnens“, „Einkaufen in der Stadt“ und „Verkehr – Stadt der Fußgänger“.
- am 30. Oktober 2003 gaben prominente Fachleute zu „**Wirtschaft – Business-Standort Wien**“ Thesen zu Anforderungen der globalen Netzwerkökonomie, Standortpotenzialen der Gründerzeitviertel, sowie Handlungsfeldern einer neuen, integrierten Standortpolitik ab.
- am 7. November 2003 fand ein Workshop zur Bevölkerungsentwicklung Wiens mit dem Titel „**Wien XL?**“ statt. Hauptfragen waren vor allem: „Welche Bevölkerungsentwicklung braucht Wien?“, „Was leistet/kostet Bevölkerungswachstum?“ und „Wie kann und soll die Stadt darauf reagieren?“.
- am 18. November 2003 wurde der Workshop „**Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung**“ zusammen mit der AK Wien und der MA 50 zur Weiterführung des Erfahrungsaustausches zwischen Fachleuten verschiedener Magistratsdienststellen, diverser gemeinnütziger Einrichtungen und privater Initiativen über derzeitige Maßnahmen und Strategien, sowie zur Diskussion über Steuerungsmöglichkeiten der Stadtverwaltungen in den Bereichen Stadtentwicklung, Stadtplanung, Stadterneuerung und Wohnungspolitik abgehalten.

Der **AK Lebensqualität** im Rahmen der STEP05-Bearbeitung wurde durch fünf umfassende Hearings unter Teilnahme magistratsinterner und -externer Experten/innen zu den Themen „Wohnen, Wohnumgebung“, „Kultur“, „Gesundheit, Soziales“, „Grün, Ökologie“ und „Arbeit, Mobilität“ weitergeführt.

Das Querschnittsthema **Gender Mainstreaming** des STEP 2005 – es betrifft die gesamte Erarbeitung sowie die Umsetzung und Evaluierung – ist ein Testfall für die Implementierung in einen gesamtstädtisch und regional wirksamen räumlichen Entwicklungsplan. Es ist wichtig, dass dieses Thema von allen beteiligten Akteur/innen mitgetragen und mit konkreten Inhalten gefüllt wird. Die abteilungsübergreifende Arbeitsweise trägt dazu bei.

Stadtforschung

Die Studie „**Leben und Lebensqualität in Wien**“ wurde von der MA 18 initiiert und für Dienst-

Stadtentwicklung und Verkehr

stellen aus allen Geschäftsgruppen koordiniert. Die Befragungen und Auswertungen erfolgten (wie bereits 1994/95) durch das Institut für empirische Sozialforschung (IFES). Ziel war es, empirisch fundierte Grundlagendaten für alle wesentlichen Lebensbereiche und Lebensverhältnisse der Wiener Bevölkerung in integrativer Form zu erstellen. Die Größe der Stichprobe beläuft sich auf insgesamt 8.300 in Wien lebende Personen ab 15 Jahren. Weitere 400 Personen wurden im Zuge einer Aufstockung der Stichprobe im URBAN II- und im Ziel-2-Gebiet befragt. Die Ergebnisse der Studie sind in der MA 18 (Ansprechpartner: Ing. Mag. Gielge bzw. Mag. Fellner) sowohl als Hardcopy als auch in elektronischer Form verfügbar. Die Hauptergebnisse sind auf der Homepage der Stadtplanung abrufbar. Exemplarisch dazu:

- **Wohnen:** 79 Prozent der Befragten sind mit ihrer Wohnsituation zufrieden (1995: 71 Prozent). Besonders positiv beurteilt werden dabei die Nähe zu Kindergarten und Schule und der Anschluss an den öffentlichen Verkehr (ÖV): Über 80 Prozent vergaben die Noten 1 bzw. 2. Gestiegen ist auch die Zufriedenheit mit der Preiswürdigkeit und der Größe der Wohnungen. Ein Drittel der Wohnungssuchenden wollen in ihrem Bezirk bleiben. Allerdings fühlen sich viele Wiener/innen in ihrer Wohnung von Verkehrslärm und -abgasen gestört. Die Störung durch Fluglärm stieg signifikant (von 10 auf 18 Prozent aller Befragten).
- **Verkehr:** 82 Prozent der Befragten sind mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zufrieden und eine deutliche Mehrheit (67 Prozent) konzidiert eine Verbesserung der Situation. Dagegen hat sich das Autofahren für 71 Prozent in den letzten Jahren verschlechtert, gerade 21 Prozent sind damit derzeit zufrieden. Die Häufigkeit, mit der Verkehrsmittel „fast täglich“ benützt werden, hat seit 1995 beim ÖV um fünf Prozentpunkte und beim Auto um sieben Prozentpunkte zugenommen. Daraus ist auch eine flexiblere Inanspruchnahme beider Verkehrsarten abzuleiten, d. h., es gibt mehr Autobesitzer, aber auch weniger „eingefleischte“ Autofahrer, die selten öffentliche Verkehrsmittel benützen. Erfreulicherweise fährt jede/r Fünfte zumindest im Sommer regelmäßig mit dem Fahrrad. Hingegen gehen immer weniger Menschen zu Fuß (- 16 Prozent seit 1995).

Die CD und Karte „Aktuelle Projekte und Planungen im Rahmen der Stadtentwicklung“ – bestehend aus einer gedruckten Karte (Leitmaßstab 1: 50 000) und einer CD-ROM – wurde fertig gestellt. Bezirksweise, themenbezogene und auf Einzelprojekte bezogene aktuelle Hintergrundinformationen (Beschreibungen, Bilder, Pläne, Computeranimationen) aus Wien und teilweise dem Umland können zu den Themen Stadtentwicklungsgebiete, Wohnbau, Infrastruktur (Bildung, technische Infrastruktur, Verkehr etc.), Stadtgestaltung und Stadterneuerung abgefragt werden.

Die zwischen Oktober 2002 und Dezember 2003 durchgeführte Studie „Freizeitsituation jugendlicher Migrantinnen/innen“ konnte jahreszeitliche

Differenzierungen des Freizeitverhaltens einbeziehen und verfolgte das Ziel, Aufschluss über öffentliche Räume des Ziel-2-Gebietes (Teile des 2. und 20. Bezirks) und deren Mängel für die Freizeitnutzung durch jugendliche Migrantinnen/innen in deren sozialen und kulturellen Kontexten zu erlangen. In den Maßnahmenvorschlägen wurde aufgezeigt, in welcher Form adäquate Freizeitangebote im öffentlichen Raum der Unterstützung durch geschulte Kräfte bedürfen, um zu funktionieren.

Die **Siedlungsflächenbilanz Wien 2001/2003** bildet die großen Trends der Stadtentwicklung und im Detail den Baulandverbrauch, die Neuwidmung an Bauland, die Baulandreserven, die Entwicklung der Kleingartengebiete und des Schutzgebietes Wald- und Wiesengürtel ab. Von 1997 bis 2001 wurden Grundstücke im Ausmaß von rund 300 ha einer baulichen Nutzung zugeführt: 110 ha für Wohn- und Mischgebiete, 104 ha für Industrie und Gewerbegebiete und 80 ha auf Gemeinbedarfsflächen und öffentliche Ver- und Entsorgung. Gegenüber der stark durch Großbauvorhaben geprägten Vorperiode vollzog sich die Stadterweiterung nun eher in kleinen Schritten und hier vor allem durch die Auffüllung bestehender älterer Baulandreserven.

Aus den Neuwidmungen errechnet sich für 2003 eine Baulandreserve von je 850 ha für Wohn- und Misch- sowie für Industrie- und Gewerbegebiete. Zwei Drittel des zwischen 1997 bis 2003 neugewidmeten Baulands ist heute wieder bebaut. Die bestehenden Baulandreserven stellen vorwiegend Altwidmungen dar. Der Großteil der früher als EKL (Erholungsgebiet – Kleingärten) gewidmeten Gebiete wurden mittlerweile in EKL-W (Kleingärten für ganzjähriges Wohnen) umgewandelt (**Verdichtungstendenz**). Das Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel verändert sich zunehmend in SWW-L (Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel, landwirtschaftliche Nutzung).

Fortschreibung des Verkehrskonzepts

Nach einem Bürger/innenbeteiligungsverfahren beschloss der Gemeinderat im November 2003 den **Masterplan Verkehr (MPV)**. Er stellt die Weichen für die Verkehrsentwicklung der nächsten 10 bis 20 Jahre. Grundsätze und Ziele des MPV umfassen unter dem Schlagwort „Intelligente Mobilität – g'scheit unterwegs“ nachhaltige Mobilität, Effizienz, Akzeptanz, Kooperation und Innovation und sind Maßstab und Motor für die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen. 10 Handlungsschwerpunkte sind festgelegt:

sichere Mobilität (Vision Zero),
S-Bahn plus,
U-Bahn-Impulse für die Stadtentwicklung,
Schnelle ÖV-Tangenten,
Halt nur bei Haltestellen,
Mobilität mit System,
Platz da,
Riesen Radverkehr,
Logistik-Kompetenz sowie
Schienen und Straßen für Europa.

Zum MPV 03 wurden im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) weiterführende Arbeitsplattformen eingerichtet:

- P+R und Fahrgemeinschaften (Federführung PGO),
- Regionalbusbeschleunigung (Federführung VOR),
- Verkehrserreger-Steuerung der Stellplatzrichtung für Zielverkehr (Federführung MA 18),
- VEMA – Verkehrsmanagement (Federführung MD-Baudirektion).

Aufbauend auf den MPV 03 starteten unter dem Dach des Verkehrsverbunds Ost-Region und der Partner ÖBB, Flughafen Wien-Schwechat, die Länder Niederösterreich und Wien sowie Vertreter aus Pressburg die Arbeiten an einem neuen **Schnellbahnkonzept**, das als Grundlage für weitere Bestellungen von Verkehrsdiensten sowie für das Verkehrsangebot im Schienenverkehr bis zum Zeithorizont 2015 dienen soll. Ziel ist die **Verbesserung des Modal Split im Pendlerverkehr**.

Die bessere Bewältigung der mit der EU-Erweiterung wachsenden Verkehrsströme bezweckt das INTERREG III A-Projekt „CENTRAL – Central European Nodes for Transport and Logistics“ mit folgenden Modulen: Planung für den Bahnhof Wien – Europa Mitte, Verbesserung der Schienenverbindung zwischen Wien und Pressburg und Ausbau der Terminalinfrastruktur.

Angelegenheiten der Verkehrsplanung und der Hauptverkehrsnetze

Die Planung für den öffentlichen Verkehr konzentrierte sich auf die **4. Ausbauphase ÖV**. Zur politischen Entscheidungsfindung wurden Varianten zur Verlängerung der U2 untersucht: Von der bestehenden Station Karlsplatz in Richtung Süden und von der künftigen Endstelle Aspernstraße ins Flugfeld. Der aktuelle Planungsstand von letzterer wurde der interessierten Öffentlichkeit im Rahmen einer zweitägigen Werkstattausstellung mit fachlicher Betreuung näher gebracht.

Bearbeitet wurde zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs Wien-Umland mit der PGO

- die Verlängerung der U6 von Siebenhirten nach Vösendorf und deren Verknüpfung mit der Badner Bahn (WLB) in einem Mischverkehrssystem,
- die Verlängerung der Straßenbahnlinie 6 zur Verbindung des Stadtzentrums Schwechat mit Wien, zusätzliche Anbindung des Concorde Business Parks mit P & R-Anlage an der S1 für Berufspendler aus der Region,
- eine Machbarkeitsuntersuchung zur Verlängerung der Linie 25 nach Groß-Enzersdorf mit zwei Varianten hinsichtlich der Ortsdurchfahrten aufgrund einer möglichen Verkehrsreduktion auf der B 3. Diese ÖV-Achse (Linie 25) eines siedlungsdynamischen Raumes wird mit U1, U2, R20, R80 und S80 verknüpft, um ihre Wirkung zu erhöhen.

Im Rahmen des EU-geförderten Projekts „Verkehrsspargemeinden Wienerwald“ sollen einige Maßnahmen der **„Verkehrsuntersuchung westlicher Wienerwald“** realisiert werden. Außerdem wurde eine neue Kategorisierung des Wiener Straßennetzes überlegt.

Überlegt wurde auch eine Autobahnverbindung zwischen A 23 und S 1 entlang der Pottendorfer Linie im Zusammenhang mit dem Projektgebiet Rothneusiedl. Im Zuge von SUPer NOW wurden mögliche Trassen und Knotenausbildungen der Nordostumfahrung (S 1), der verlängerten Donauuferautobahn (A 22) sowie der angrenzenden Hauptverkehrsrouten untersucht. Im **Hauptstraßen B-Netz** lag das Schwergewicht im Schließen vorhandener **Netzlücken** bzw. umweltverträglicheren **Trassierungen** (B 14 – B 228, A 23 – B 221, B 224, A 23 / B 3d).

Generelle stadträumliche Fachplanungen für Belange des Verkehrs

Das weiter entwickelte **Verkehrs-Modell Wien** erklärt und bildet modellhaft Wirkungen und Änderungen des Verkehrsangebotes und der Siedlungs- und Nutzungsstruktur ab und dient der Analyse, Prognose und Beurteilung von Verkehrsmaßnahmen und Siedlungsentwicklung. Untersucht wurden auch Verbesserungen im Sekundärnetz (Bus und Straßenbahn):

- Generelles Projekt Verlängerung der Linie 26 vom Kagraner Platz zur Hausfeldstraße,
- Machbarkeitsuntersuchung Linie 27 von Kagran zur Siemensstraße,
- Straßenbahnanbindung des neuen Stadtentwicklungsgebietes „Monte Laa“ im 10. Bezirk.

Im Rahmen der **Generellen Radverkehrsplanung** wurde die „Radverkehrserhebung 2002–2005“ weitergeführt. Die bereits in Betrieb befindlichen vier automatischen Dauerzählstellen wurden um vier erweitert. Zur Koordination der Umsetzung von Projekten im Hauptradverkehrsnetz wurde ein Arbeitskreis unter Leitung der MA 18 eingesetzt. Die MA 18 erhielt im Jahr 2003 die Ausarbeitung von Vorprojekten übertragen und bearbeitete die Projekte „Euro-Velo9 – Bereich Stammersdorf“ und „Gürtelradweg – Bereich Westbahnhof bis Wiental“. Bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum wurde eine Untersuchung über die Erfordernisse von **mobilen Radabstellanlagen** durchgeführt. Bei den Großveranstaltungen „ARGUS – Fahrradtage“ und „100 Jahre Wiener Linien“ wurden die Bürger/innen über die Entwicklung im Radverkehr informiert.

Ständige Beobachtung fachspezifischer (internationaler) Tendenzen

Der gemeinsam mit Immobilien-Unternehmen aktualisierte Bericht vom Herbst 2003 über die **Büroflächenentwicklung in Wien 2003 bis 2006** stellt die Entwicklung von Angebot und Nachfrage an Büroflächen dar. Schwerpunkte der Büroflächenproduktion sind weiterhin im Süden und Südosten Wiens. Bis 2006 geplanten Büroprojekten mit einer Gesamtfläche von rund 1,2 Mio. m² steht ein Büroflächenbedarf von voraussichtlich rund

Stadtentwicklung und Verkehr

700.000 m² gegenüber. Die Leerstandsrate steigt von derzeit rund 5,5 Prozent auf bis zu 7 Prozent an, liegt dann voraussichtlich aber noch immer unter den Werten der meisten mittel- und westeuropäischen Großstädte und ist ein Indikator für ein qualitativ vielfältiges Büroflächenangebot eines „gesunden Büromarktes“.

Des Weiteren wurden **Trends und Entwicklungen im EU-Raum** und in den Beitritts-Ländern zu unterschiedlichen stadtplanungsrelevanten Fragen beobachtet.

Besorgung von Sonder- und Koordinationsaufgaben

Kontakte der Regionalmanagerin der Stadt Wien (MA 18) förderten die Entwicklungskonzepte für die Kleinregionen „Donaustadt – Marchfeld Süd“ und „Wien Nord – Marchfeld West“.

Mit Niederösterreich und Gemeindevertretern sowie sonstigen regionalen Akteuren wurden Organisations-, Abwicklungs- und Entscheidungsstrukturen für ein nachhaltig erfolgreiches und nach einheitlichen Grundsätzen agierendes **Stadt-Umland-Management** entwickelt.

Planungen zur Gesundheit, für soziale, kommerzielle und technische Infrastruktur

Die MA 18 nahm am Arbeitskreis „Therme Oberlaa“ unter Federführung der Wiener Holding zur Ausarbeitung von Grundlagen zur Erstellung eines Masterplans teil.

Unter Führung der MA 21B erarbeitet das Projektteam „Flugfeld Aspern“ seit Frühjahr 2003 mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds einen Masterplan zur Entwicklung des Flugfelds.

Allgemeine und übergeordnete Standortplanungen

Eine Projektgruppe bestehend aus Vertretern des Magistrats, des WWFF sowie eines potentiellen Developers erarbeitete Varianten für die mögliche Entwicklung des Standortes „Rothneusiedl“ (z. B. Errichtung einer Mehrzweckfreizeitanlage, Einkaufszentrum, Park & Ride). Voraussetzung dafür sind die Errichtung der S 1-Süd, der sogenannten Verbindungsspanne S 1 – A 23 Hansson-Kurve sowie eine Verlängerung der U1 nach Süden.

Für das zum Grundgerüst des Grüngürtels von Wien gehörende „10., Alte Landgut“ wurden Entwicklungsszenarien erstellt. Es wurde eine politische Entscheidung getroffen, dass an diesem Standort eine Fachhochschule errichtet werden soll.

Generelle stadträumliche Fachplanungen für Freiraum und Landwirtschaft

- Im Projekt „**Mehr Platz für Kinder**“ wurden im Jahr 2003 durch Präsentationen in einigen Bezirksvorstehungen weiterhin Transferleistungen angeboten.

- „**Einfach-mehrfach**“ ist ein Strategisches Projekt des Strategieplans der Stadt Wien. Für Kinder und Jugendliche sollen mittels **Mehrfach- und Zwischennutzungen** sowohl von Freiflächen als auch umbauten Räumen die „Spielräume“ der Stadt erweitert werden. Dieser neue Weg beinhaltet sozial- und demokratiepolitische Zielvorstellungen ebenso wie wichtige Grundsätze der Verwaltungsreform und einen ökonomischen Zugang in Zeiten knapper Ressourcen.
- Der magistratsinterne Arbeitskreis „**Landwirtschaft in Wien**“ erarbeitete eine einheitliche Position der Stadt Wien zur städtischen Landwirtschaft und zum Erwerbsgartenbau. Als Instrumentarium zur Erreichung der Leitziele wurde unter Federführung der MA 58 und Einbeziehung der Wiener Landwirtschaftskammer ein „**Agrarstruktureller Entwicklungsplan (AgSTEP) für Wien**“ erstellt. Er umfasst die Verortung der Flächen, die langfristig der Landwirtschaft vorbehalten bleiben sollen (Berücksichtigung Grüngürtel Wien 1995!) und die Erstellung eines Ideenpools zur Erhaltung der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Vorrangflächen.
- Auf Grundlage der Wienerwald Deklaration 2002 wirkt die PGO an der Vorbereitung zur Einrichtung des „**Biosphärenpark Wienerwald**“ mit (Projekt „Regionalanalyse Wienerwaldregion“).
- Das „**Aktionsprogramm Raum Simmering – Schwechat**“ (PGO) resultiert aus der Kooperation von Wien und Niederösterreich, der Bezirke 3, 10 und 11 und der betroffenen niederösterreichischen Gemeinden, aber auch bedeutender Akteure, wie Wiener Hafen oder WWFF und ECOPlus und wurde im Juli 2003 den Ländern, Gemeinden und dem Flughafen übergeben. Es reagiert auf die bereits realisierte bzw. in Bau oder Planung befindliche Verkehrsinfrastruktur, wie vor allem U3, S7 und S1-Autobahnring um Wien.
- Mit viel Augenmaß, den Interessen Wiens, Niederösterreichs und der Stadtgemeinde Schwechat entsprechend, wurde der interkommunale Masterplan „**Entwicklungsgebiet Ailecgasse-Liesingtal**“ konzipiert. In drei Ausbau-Etappen sollen in einem Zeitraum von über zwanzig Jahren maximal 6.000 Arbeitsplätze und Wohnungen für 4.500 Einwohner entstehen, ohne großes Einkaufszentrum mit Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Die Betriebe werden direkt an die S1 angebunden, Wien und Schwechat wollen nicht mit zusätzlichem Autoverkehr belastet werden.

Vertretung der Interessen der Stadtplanung bei diversen Institutionen

Die MA 18 vertritt Wien fachlich bei der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) und arbeitet in den Unterausschüssen der ÖROK, insbesondere am „ÖROK-Atlas zur räumlichen Entwicklung Österreichs“ mit.

Kooperationen der Europäischen Union und internationale Zusammenarbeit

Zum INTERREG III A-Projekt „JORDES+“ gab es 2003 den „Workshop C“ in Wartberg (Senec/Slowakei) zum Thema „Regionale Befunde“. Gemeinsam wurden drei Zusatzmodule definiert und beauftragt:

- Biosphärenregion und Leitbild Grüne Mitte,
- Regionales Organisationsmodell Siedlungs- und Verkehrsentwicklung,
- Stadt – Umland Kooperation Bratislava.

Zur Vorbereitung des geplanten Zusatzmoduls „Raumbeobachtung“ wurde von Wien, Niederösterreich und Burgenland im Rahmen der PGO die Untersuchung „Basiskarte & Informationssystem CENTROPE“ (Europaregion), insbesondere zur Koordination der GIS-Aktivitäten, beauftragt.

Grundlagenforschung im Rahmen von internationalen Zusammenarbeiten

Im Rahmen der Erstellung der OECD Territorial Review wurde durch das Österreichische Institut für Raumplanung (ÖIR) ein Austrian Background Report ausgearbeitet, der den Autor/innen des OECD-Berichts als Informationsgrundlage diente.

Ergänzend dazu wurden mehrere Workshops mit einer großen Anzahl von Fachexpert/innen und Vertreter/innen der Verwaltungen zur wirtschaftlichen Entwicklung unter dem Aspekt der EU-Erweiterung, Bevölkerungsentwicklung, zum Arbeitsmarkt und zur Bildungs- und Wissensbasis der Region durchgeführt. Die Zusammenfassung der Hauptergebnisse und Empfehlungen der OECD wurde u. a. in der Schriftenreihe „Werkstattberichte“ (Nr. 59A) der MA 18 veröffentlicht.

Betrieb der Planungswerkstatt und planungsbezogene Öffentlichkeitsarbeit

Die Aktivitäten der MA 18 auf dem Sektor der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit wurden auch im Jahr 2003 mit verschiedensten Mitteln durchgeführt. Ein Hauptschwerpunkt waren dabei sicherlich die **Fachausstellungen**, die teilweise in Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Stadtentwicklung mit sehr großem Erfolg in der Wiener Planungswerkstatt und vor Ort in den Bezirken gezeigt werden konnten.

Die Ausstellung „**barriere frei! – stadt ohne hindernisse?**“ war der Beitrag des Ressorts „Stadtentwicklung und Verkehr“ zum „Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen“ und hat sich mit dem öffentlichen Raum und seinen Einrichtungen im Hinblick auf eine gleichberechtigte und selbständige Teilnahme aller Menschen am urbanen Leben auseinandergesetzt. Das parallel laufende, umfangreiche Veranstaltungsprogramm mit den Kuratoren/innen wurde vor allem von Schüler/innen und Bezirkspolitiker/innen intensiv genutzt und schulte und erhöhte das Problembewusstsein durch das konkrete Angebot die notwendigen Hilfsmittel ausprobieren zu können.

Im Jahr 2003 fand in den Sommermonaten wieder eine **Ferispieltaktion** unter dem Titel „Heute bist Du Chefin/Chef! Gestalte Deine Stadt!“ in der Wiener Planungswerkstatt statt.

Der **Bürger/innen-Information** wurde insofern Rechnung getragen, als dass Projekte (zum Beispiel Verlängerung U1-Süd, U6-Nord) und Bürgerversammlungen (zum Beispiel SUP-Nordost) vor Ort in den Bezirken präsentiert bzw. durchgeführt werden konnten.

Im Jahr 2003 wurden darüber hinaus auch ca. **35 Fachveranstaltungen** zu Themen der Stadtentwicklung/Stadtplanung organisiert bzw. Beiträge zu nationalen und internationalen Tagungen geliefert. Auch wurde eine internationale Konferenz zum EU-Projekt „PEGASUS“ in Wien ausgerichtet.

Des Weiteren konnte im Zuge der Ausweitung der **Neuen Medien** vor allem die Internet-Präsentation (www.wien.at/stadtentwicklung) weiter forciert werden. Zur Zeit stehen ca. 980 Seiten über verschiedenste Themen der Wiener Stadtentwicklung online zur Verfügung. Auch wurden die verschiedensten Datenbanken mit Fachinformationen gespeist.

In den **Schriftenreihen** der Wiener Stadtentwicklung wurden auch im Jahr 2003 wieder verschiedenste Themen publiziert. Dabei handelt es sich um die Publikationsreihen „Der Stand der Dinge“ (inhaltlich und grafisch sehr hohes Niveau, in deutscher und englischer Sprache) und um die „Werkstattberichte“. Außerdem wurden zahlreiche Broschüren und Informationsfolder produziert.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt war auch die **Betreuung von Delegationen** aus dem In- und Ausland (so z. B. verschiedenste Bürgermeister und Politiker aus Städten der EU-Erweiterungsländer sowie der Russischen Föderation) durch Mitarbeiter/innen der Stadtentwicklungsabteilungen. In Summe handelte es sich dabei um 43 Delegationen mit über 1.000 Personen.

Die Präsenz der Wiener Stadtentwicklung erfolgte auch in der Durchführung von verschiedenen **Ausstellungen im Ausland**. So wurden die beiden Ausstellungen „Wien, Architektur – Der Stand der Dinge“ und „Wien, Stadterhaltung/Stadterneuerung – Der Stand der Dinge“ in den Städten Paris, Prag und Brunn mit sehr großem Erfolg präsentiert und die beiden Ausstellungen „Wien, Umwelttechnologien – Der Stand der Dinge“ und „Best of European Cities“ in Krakau gezeigt. Auch wurde an den beiden großen Immobilienmessen in Cannes („MIPIM“) und München („EXPOREAL“) mit Kleinausstellungen teilgenommen.

Zentralarchiv der Stadtplanung und technische Bibliothek

Die technische Bibliothek stellt aktuelle Gesetze, Normen und Regelwerke für den gesamten technischen Bereich des Magistrats sowie die in den einzelnen Fachabteilungen benötigte Amtsliteratur

Stadtentwicklung und Verkehr

(„fachliche Leihbibliothek für Mitarbeiter/innen“) zur Verfügung und sammelt, archiviert und dokumentiert die im Bereich der Planungsabteilungen erstellten oder in deren Auftrag gemachten Studien, Projekte und wissenschaftlichen Arbeiten. Der Bestand wurde im abgelaufenen Jahr um 350 neue Titel (752 Bände) erweitert, es stehen somit aktuell insgesamt etwa 28.700 Titel (rund 52.460 Bände) zur Verfügung. Damit konnte mehr als 1.180 Personen die gesuchte Information in Gestalt von über 2.450 entlehnten Bänden vermittelt werden. Auf ÖNORMEN wird monatlich rund 28.100-mal zugegriffen. Im magistratsinternen Umlaufverfahren befanden sich 307 verschiedene Fachzeitschriften (Periodika), den Mitarbeiter/innen standen somit insgesamt über 26.400 Einzelhefte zur Verfügung.

Die Dokumentation Stadtplanung findet auch bei auswärtigen Benutzer/innen großes Interesse. Insbesondere Arbeiten aus der jüngeren Vergangenheit dienen als Grundlage für weitere Bearbeitungen an Universitäten und vergleichbaren wissenschaftlichen Institutionen. Für eine verbesserte Nutzung des archivierten Bestandes der Bibliothek wurde durch die Umarbeitung von 16.376 Karteikarten in einen Onlinekatalog begonnen. In Kooperation mit der Österreichischen Nationalbibliothek (Projekt ANNO) kann die „Allgemeinen Bauzeitung“ online zur Verfügung gestellt werden.

Architektur und Stadtgestaltung (MA 19)

Die MA 19 ist im Rahmen der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr die Fachdienststelle für Architektur, Stadtgestaltung und alle Belange des Stadtbildes. Als „Architekturbüro der Stadt Wien“ umfasst ihr Aufgabenbereich ein weites Spektrum. Die funktionelle Schwerpunktsetzung spiegelt sich in der organisatorischen **Dezernatsgliederung** wider:

- Gestaltung öffentlicher Raum
- Generelle Grundlagenplanung
- Städtischer Nutzbau
- Architektonische Begutachtung.

Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden im Zusammenhang mit anderen Geschäftsgruppen, Dienststellen, Interessensvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbildes bei.

Mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) mit Planungsleistungen sind Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen verbunden.

Bei der Auswahl der Planer waren das Wiener Landesvergabegesetz bzw. die Vergaberichtlinien der Stadt Wien zu befolgen.

Dezernat „Gestaltung öffentlicher Raum“

Oberflächenplanungen

Für Projekte, die im Rahmen der U-Bahnplanung

betrieben wurden, wie z. B. U1-Nord und U2-Nord (laut Architektenwettbewerb), wurden größere Oberflächenplanungen weiterbearbeitet, wobei es sich teilweise um Architektenbeauftragungen handelt, wie z. B. 1., 3., 4., Schwarzenbergplatz, 1., Lothringerstraße, 1., Robert-Stolz-Platz, 2., Praterstern, 4., Kühnplatz, 5., Wiedner Hauptstraße, 8., Schlesinger Platz, 9., Bauernfeldplatz, 10., FGZ Favoritenstraße, 10., Columbusplatz, 12., 13., 14., Vorplatz Schönbrunn, 15., Schwendermarkt, 16., Brunnenmarkt (Gestaltungskonzept), 17., Dornplatz, 20., Wallensteinplatz, 20., Ilgplatz, 23., Liesinger Hauptplatz – Bahnhofsvorplatz bzw. um Eigenplanungen der MA 19 wie 1., Albertinaplatz, 14., Samhaberplatz und weitere 37 kleinere Projekte.

Ein Konzept wurde für das Gebiet 1., Hoher Markt erarbeitet. Architekturwettbewerbe wurden für die Bereiche 1., Neuer Markt, 2., Vorplatz Messe (gemeinsam mit MBG Messe GmbH) und 10., „Sonnenwendplatz“ (10., Favoritenstraße/Sonnenwendgasse) durchgeführt.

Mitgearbeitet hat bzw. federführend war das Dezernat in den Arbeitskreisen 1., Kunstplatz-Karlsplatz, 1., Donaukanalbereich – Innere Stadt, Zielgebiet Gürtel, 10., FGZ Favoritenstraße, 16., Brunnenmarkt, Wienflussbereich sowie in der Fachkommission Verkehr – Straßenraumgestaltung.

Im Rahmen des Konzepts „Attraktivierung des öffentlichen Raumes – 50-Orte-Programm“ wurde ein Grundsatzkonzept für ein Netzwerk von Plätzen, Orten und Wegen als bezirksübergreifende Maßnahme für alle 23. Bezirke (am ausgearbeiteten Beispiel der Bezirke 3 und 6) erarbeitet, um die stadtgestalterische Qualität im öffentlichen Raum zu verbessern. Ausgearbeitet wurde dieses Konzept für die Bezirke 4, 5 und 9, Vorbereitungen wurden für die Bezirke 7, 8 und 10 getroffen. Aufbauend auf diesen Inhalten und Erfahrungen soll in den nächsten fünf Jahren im Rahmen des 50-Orte-Programms eine entsprechende Anzahl von Projekten umgesetzt werden.

Möblierung des öffentlichen Raumes

Bearbeitungen für folgende neue Möblierungselemente wurden durchgeführt:

- Neuentwicklung eines Kandelabers für 10., FGZ Favoritenstraße
- Bearbeitung eines Konzepts für Werbeeinrichtungen im öffentlichen Raum – City Light Boards, Bezirkswerbekonzept (GIS-System)
- Entwicklung von Fahrradständern (Viennabike) und neues Wienmodell (Prototyp)
- Neuentwicklung von Telekomtelefonzellen
- Ringstraßenkonzept (Beleuchtung und Mastkonzept).

Diverse andere Gestaltungsaufgaben

Dieser Bereich umfasst gestalterische Begleitbearbeitungen von Straßenprojekten der MA 28, die Teilnahme an Koordinierungsbesprechungen im Rahmen der Dezentralisierung für alle 23 Bezirke, Teilnahme an den Besprechungen im Zuge der U-Bahnplanungen und die Bearbeitung von dies-

bezüglichen gestalterischen Aufgaben sowie die Teilnahme an Bürgerdiskussionen (projektbezogen). Öffentlichkeitsarbeit wurde im Zuge von Pressekonferenzen, Ausstellungen usw. geleistet.

Begutachtung von zum Teil privaten Ansuchen im öffentlichen Raum

Im Jahr 2003 wurden folgende Themengebiete behandelt: Schanigärten, Kioske, Warenausräumungen, Automaten, Vitriolen, Postkasten, Litfaßsäulen, City-Light Wartehallen, diverse Werbeelemente usw. Die Inhalte der Studie über Schanigärten und deren Möblierung wurde in der Praxis laufend umgesetzt. Im Berichtsjahr wurden rund 900 Ansuchen behandelt. Im Zuge der MAMBA-Bearbeitung wurden die Schanigärten im 1. Bezirk bzw. in der Mariahilfer Straße fotografiert und können EDV-mäßig abgerufen werden.

Dezernat „Generelle Grundlagenplanung“

Das Dezernat behandelt grundsätzliche stadtgestalterische Themenstellungen, überprüft städtebaulich relevante Projekte auf ihre stadtgestalterischen Auswirkungen, koordiniert oder begleitet gegebenenfalls deren Entwicklung und vermittelt stadtplanerische und -gestalterische Inhalte im Zusammenhang mit Vorträgen bzw. Ausstellungspräsentationen im In- und Ausland. Die Tätigkeiten können in folgende Arbeitsbereiche gegliedert werden:

Generelle Konzeptionen

Schutzzonenmodell für Wien: Zur EDV-mäßigen Erfassung der schützenswerten Bausubstanz von Wien wurde 1997 mit der MA 14 eine Datenbank entwickelt, welche via Intranet den relevanten Dienststellen als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung steht. Im Jahr 2003 wurden weitere Felderhebungen durchgeführt (Pufferzone Weltkulturerbe, Teilgebiete in den Bezirken 3, 6, 8 und 9) und die Daten eingespeist.

Koordinierung von Planungsabläufen

Für die weitere städtebauliche Entwicklung des Westbahnhofbereiches wurde im Jahr 2002 der städtebauliche Wettbewerb gemeinsam mit der ÖBB abgeschlossen und juriiert. Aufbauend auf den Ergebnissen des Wettbewerbes wurde gemeinsam mit der ÖBB die Entwicklung eines Masterplanes für den Bereich eingeleitet und weitgehend abgeschlossen.

Mitarbeit bei Projektentwicklung und Arbeitskreisen

Ein weiteres Arbeitsfeld ist die Mitwirkung bei gestaltwirksamen Projekten und die Teilnahme an projektsentwickelnden Arbeitskreisen anderer Fachdienststellen, wie z. B. der Planung und Errichtung von Ingenieurbauwerken. Im Zuge der Errichtung von Lärmschutzwänden wirkt die MA 19 aktiv an der Gestaltfindung mit. Unter anderem wurde die von Architekt Stanzel geplante Lärm-

schutzwand an der A 22 gestalterisch begleitet und fertig gestellt.

Durchführung von Wettbewerben

Gemeinsam mit der MA 29 wurde ein Wettbewerb für die Errichtung einer behindertengerechten Fuß- und Radwegverbindung für den Bereich Gürteldreieck Spittelau „Skywalk Spittelau“ vorbereitet. Ein Gestaltungswettbewerb zum Thema „Eisenbahnbrücke über den Donaukanal und Winterhafen“ wurde gemeinsam mit der ÖBB durchgeführt und abgeschlossen.

Erstellung von Studien

Zur weiteren Grundlagenaufbereitung zum Thema der Wiener Dachlandschaft wurden zwei Studien beauftragt. Die Studie „Dachtypologie – Dachformen und Gestaltungsregeln für Dächer der Gründerzeit 1850 – 1914“ versucht innerhalb der wesentlichen Stilphasen der Gründerzeit die auftretenden Dachtypen differenziert aufzuzeigen und in Beziehung zu den dazugehörigen Fassaden zu bringen. Die Studie „Dachausbauten in der Stadtlandschaft – Ein Vergleich in Wien, Berlin, Prag, Budapest und München“ zeigt den Umgang mit Dachgeschoßausbauten in anderen europäischen Städten auf.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Jahr 2003 wurde die Homepage der MA 19 sowohl inhaltlich als auch optisch neu aufbereitet. Eine wesentliche Neuerung im Zusammenhang mit der Überarbeitung war die Entwicklung einer Wettbewerbsdatenbank, die nun gemeinsam mit den anderen Stadtplanungsabteilungen (MA 21A, MA 21B) über abgehaltene und laufende Wettbewerbe informiert (<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/wettbewerbe/index.htm>).

Dezernat „Städtischer Nutzbau“

In diesem Dezernat erfolgt die Abwicklung aller städtischen Hochbauplanungen mit Ausnahme des Städtischen Wohnbaus und des Städtischen Krankenanstaltenbaus. Die erteilten Planungsaufträge wurden größtenteils durch Vergabe an Ziviltechniker (Architekten) erfüllt. Zur Auswahl der Planer wurden Vergabeverfahren wie Wettbewerbe und Verhandlungsverfahren durchgeführt.

Schulbau

Nach Auslaufen des „Schulbauprogramms 2000“ wurden vermehrt finanzielle Mittel für Generalsanierungen der bestehenden Schulen eingesetzt. Parallel zur Sanierung wurden auch funktionelle Verbesserungen vorgenommen.

- Bemerkenswerte Planungen von Neubauten: 10., Wienerberg City und 22., Langobardenstraße 56 (Schule und Kindertagesheim).
- Bemerkenswerte Planungen von Generalsanierungen: 2., Feuerbachstraße, 8., Zeltgasse, 10., Florian-Hedorfer-Straße, 12., Johann-Hoffmann-Platz und 21., Ostmarkgasse.

Stadtentwicklung und Verkehr

Kindergärten und Heime

Das Aufgabengebiet dieses Referats umfasst Neubauten, auch im Zuge von Schulneubauten und die Sanierung bestehender Gebäude, vor allem unter dem Aspekt der funktionellen und energie-technischen Verbesserung der bestehenden Bausubstanz.

- Bemerkenswerte Planungen von Neubauten: 10., Maria-Rekker-Gasse (im Zuge eines Schulneubaus), 2., Vorgartenstraße (im Zuge eines Schulneubaus) und 22., Schukowitzgasse 87 (Kindertagesheim).
- Bemerkenswerte Planungen von General-sanierungen: 2., Engerthstraße 237, 3., Erdbergstraße 22 und 10., Laxenburgerstraße 51-53.

Amtshäuser

Ziel dieses Referats ist die Attraktivierung der Amtshäuser im Sinne einer kundenorientierten Verwaltung durch Umbauten, Neugestaltungen und Verbesserung der Erschließung für Behinderte durch barrierefreie Zugänge und Aufzüge. Eine Generalsanierung wurde für das Amtshaus Liesing geplant. Die Planung eines Neubaus eines Heimes für obdachlose Männer in 21., Siemensstraße 106 wurde bereits fertig gestellt.

Bemerkenswerte Planungen von Umbauten (Front-Offices): 1., Wipplingerstraße 8, 3., Karl-Borromäus-Platz 3 und 12., Schönbrunnerstraße 256.

Rathaus, diverse Nutzbauten 1

- Rathaus: Planung eines Zubaus (Tiefspeicher für die MA 9).
- MA 48: Bemerkenswerte Planungen von Neubauten: 17., Lidlgasse 5, Werkstättengebäude (Hauptwerkstätte) und 11., Alberner Hafenzufahrtsstraße 211 (Stützpunkt). Be-

merkenswerte Planung eines Umbaus: 22., Stadlauer Straße 54, Waagner-Biró-Gründe (Zentrale).

Diverse Nutzbauten 2

- MA 42: Bemerkenswerte fertiggestellte Planung eines Neubaus: 11., Bleriotweg (Gärtnerunterkunft).
- MA 70: Bemerkenswerte fertig gestellte Planung eines Neubaus: 14., Baumgartenstraße 7 (Station Penzing). Bemerkenswerte Planung eines Umbaus: 17., Gilmgasse 18 (Station Hernalis).

Dezernat „Architektonische Begutachtung“

Der Aufgabenbereich dieses Dezernats liegt in der Begutachtung von Bauansuchen aus architektonisch-stadtgestalterischer Sicht im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens für das gesamte Wiener Stadtgebiet. Die Tätigkeit stellt eine direkte projektbezogene Auseinandersetzung mit Stadtbildfragen dar und erstreckt sich auf Neu-, Zu- und Umbauten, Portale, Reklameanlagen, Antennenanlagen und Fensterauswechslungen. Bei der Beurteilung der Projekte wird aktiv darauf Einfluss genommen, sodass die beabsichtigten Bauführungen keine optische Beeinträchtigung des Stadtbildes bewirken (§ 85 der BO für Wien).

Auf Grund der Entwicklungen auf dem Telekommunikationssektor und der damit einhergehenden Intensivierung der Betreuung blieb der Aufwand der Begutachtung von Sendemastanlagen im Berichtsjahr 2003 weiterhin hoch. Zu diesem Thema wurde eine Studie „Mobilfunkstudie der Stadt Wien“ in Zusammenarbeit mit Herrn DI Werner begonnen, die im Frühjahr 2004 fertig gestellt werden soll.

Zur Aufbereitung des Themas Dachausbau wurde in Zusammenarbeit mit der Gebietsbetreuung Ottakring die Ausstellung „Draufsetzen – Perspektiven des Dachausbaus in den gründerzeitlichen Vierteln von Wien“ gestaltet.

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit dieses Referats wurden von den Referenten im Berichtsjahr ca. 8.000 Ansuchen – dies entspricht ca. 11.000 Akte – bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet. Dies umfasst Bauansuchen aller Art, Werbeanlagen, Antennenanlagen sowie die Bewilligung von Fensterauswechslungen. Für Fensteränderungen wurden in Vertretung der Baubehörde etwa 400 vereinfachte Bewilligungsverfahren durchgeführt.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West (MA 21A)

Um den Ansprüchen der Allgemeinheit, der politischen Entscheidungsträger und Interessentenvertreter, aber auch den Ansprüchen der einzelnen Bürger gerecht zu werden, sind von der MA 21A die stadtplanerischen Rahmenbedingungen für eine geordnete Stadtentwicklung unter Berücksichtigung von übergeordneten planeri-



Die Stadträte DI Rudolf Schicker und Werner Faymann sowie Ottakrings Bezirksvorsteherin Ernestine Graßberger besuchten die Ausstellung „Draufsetzen“, die in der Gebietsbetreuung Ottakring zu sehen war.

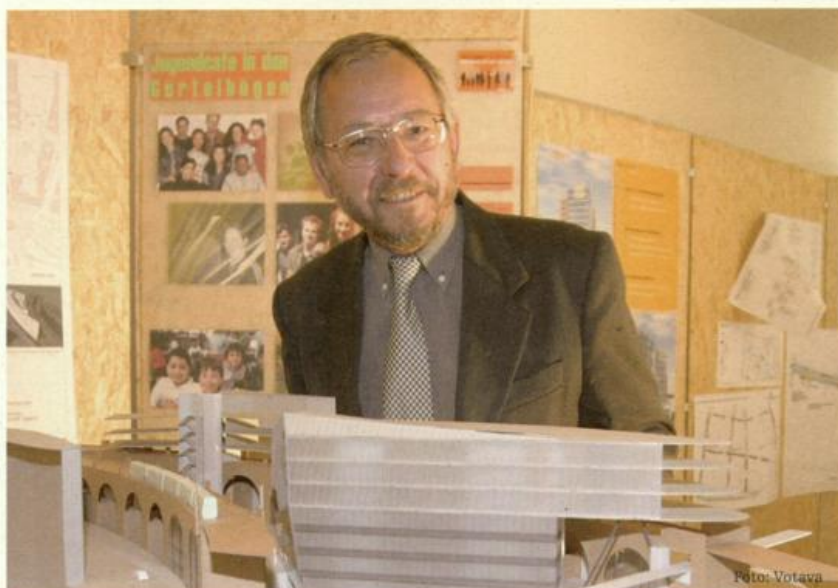
schen Zielsetzungen für die Bezirke 1 bis 9 und 14 bis 20 vorgegeben worden. Nach den Zielsetzungen des „Gender Mainstreaming“ und der vermehrten „Einbindung der Bürger in den Planungsprozess“ wurde über „alte“ (persönliches Gespräch, Telefon, Presse, Veranstaltungen, Ausstellungen) und „neue Medien“ (Internet, Diskussionsforen ect.) eine bürgernahe Information von Projekten der Stadtplanung und die Diskussion und Kommunikation mit der Bevölkerung durch Bürgerbeteiligungsprojekte geführt.

Strategische Projekte

Die weitere Aufarbeitung des 10-Jahres-Programms, d. h. die neue Festlegung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, deren Rechtskraft infolge des VfGH-Erkenntnisses vom März 1995 mit August 2006 begrenzt ist, wurde eingehalten.

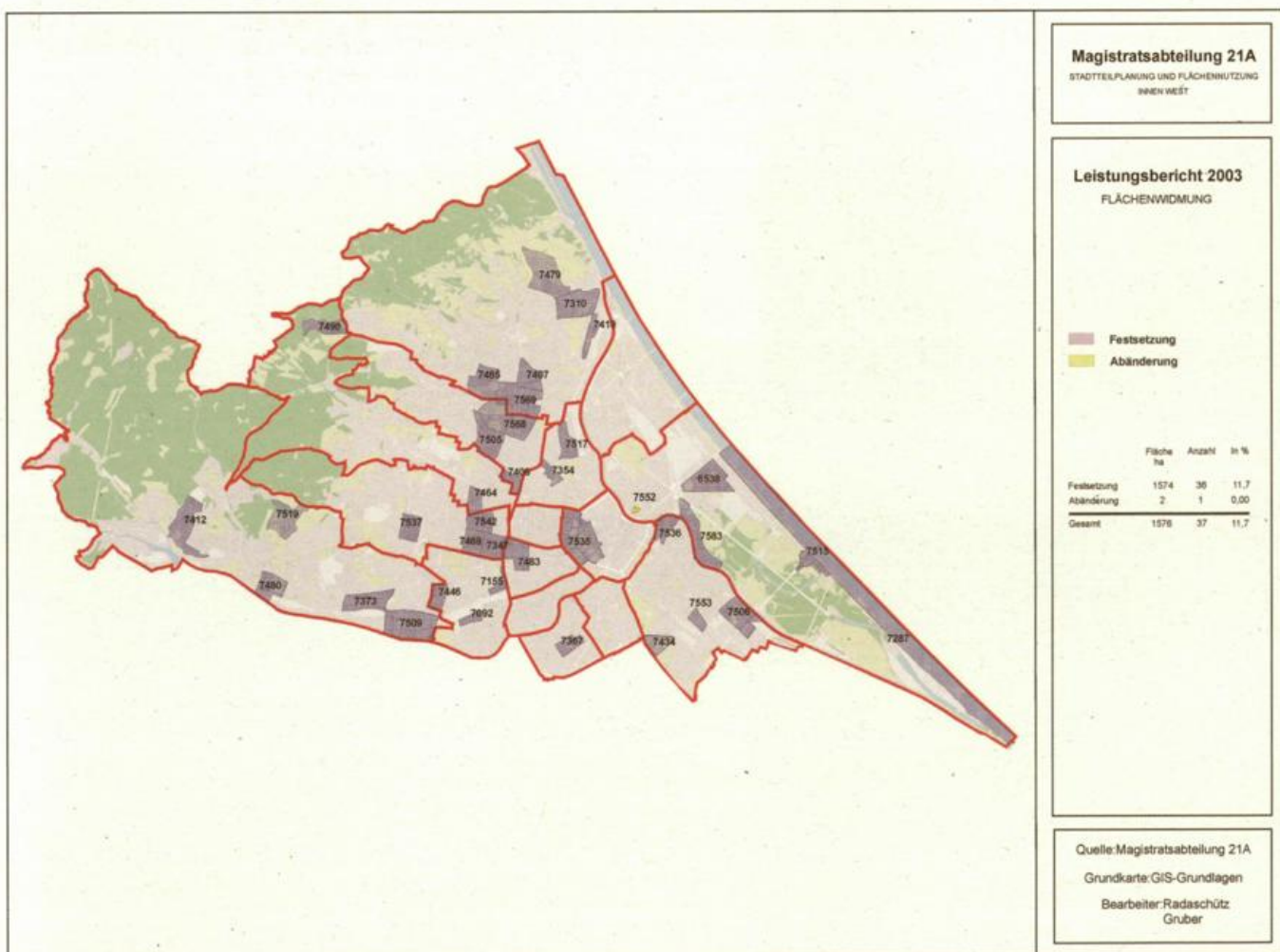
Operationelles Programm „Zielgebiet Gürtel“

Nach Erarbeitung eines strategischen Handlungskonzepts für die Verbesserung und Imageaufwertung des Gürtels und der Konstituierung des „Gürtelbeirates“ wurden die Bürger/innen eingeladen, eigene Projekte zu erarbeiten, die in einem



Stadtrat DI Rudolf Schicker stellte das Projekt „Zielgebiet Gürtel“ vor.

messeähnlichen „Marktplatz“ vorgestellt und danach vom Gürtelbeirat teilweise zur Weiterbearbeitung empfohlen wurden. Der Schwerpunkt lag



Stadtentwicklung und Verkehr

dabei vor allem auf der Mängelfeststellung des Radwegs und der Beleuchtung entlang des Gürtels.

Im Rahmen des EU-Projektes Pegasus, an dem sieben andere europäische Städte teilnahmen, wurde das Projekt „Zielgebiet Gürtel“ auf Nachhaltigkeit im Bereich der Verwaltungspraxis und Entscheidungsfindung untersucht.

Bürgerbeteiligung Brunnenmarktviertel

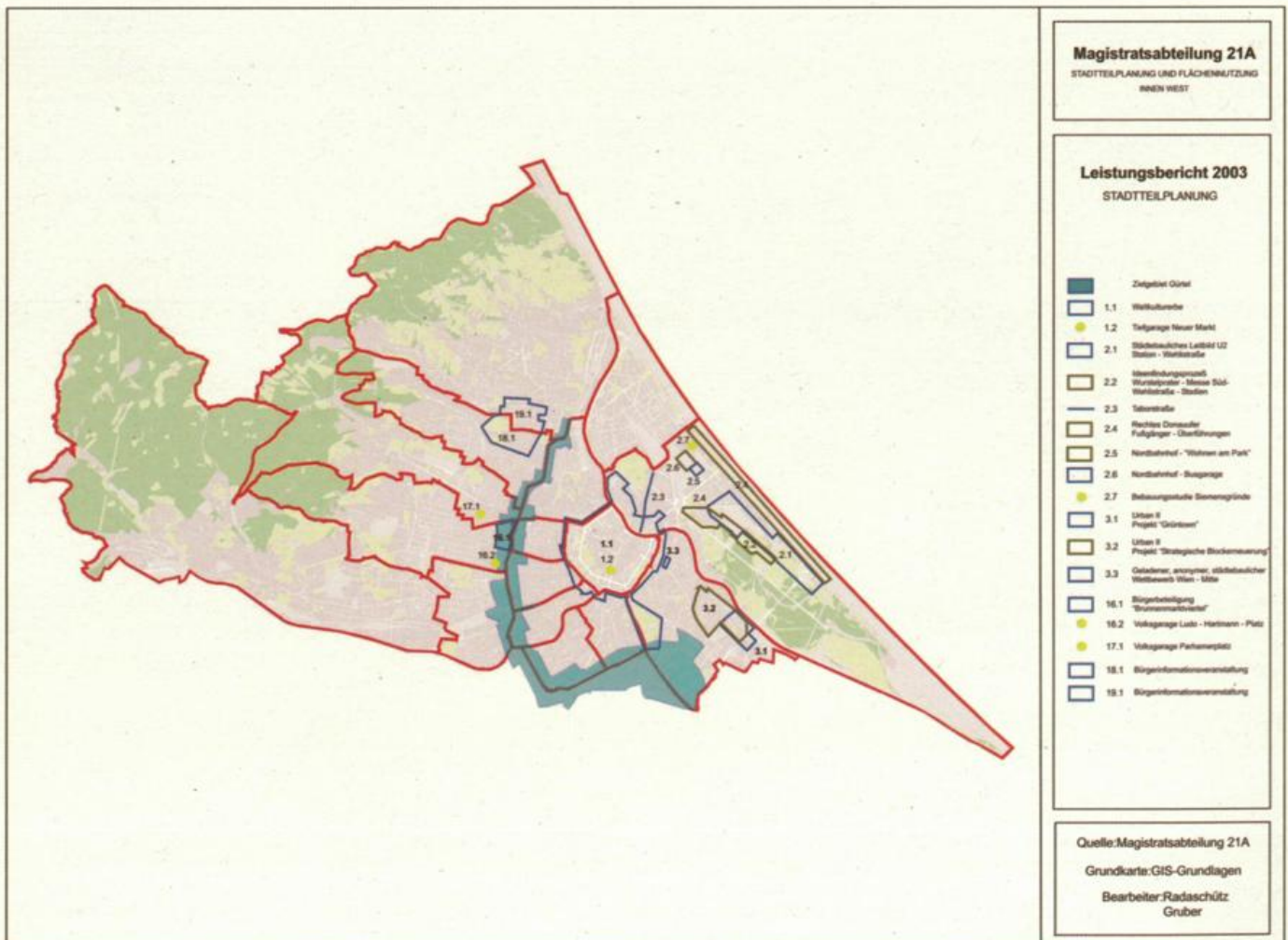
Bei Informationsveranstaltungen und vertiefenden Diskussionsrunden wurden die Anliegen aller am Brunnenmarkt Interessierter (Bürger/innen, Planer/innen, Marktbesucher/innen und Politiker/innen) erfasst und zu Konzepten und Gestaltungsvorschlägen von neuen Marktständen zusammengeführt mit dem Ziel einer Aufwertung des Brunnenmarktes als Ort der Kommunikation. Die Ausgestaltung als Fußgängerzone (außerhalb der Marktöffnungszeiten) und flankierende Maßnahmen für den ruhenden Verkehr wurden erarbeitet und die Idee eines Marktmanagers konkretisiert. Zusätzlich zu einem Bericht über das Bürgerbeteiligungsverfahren wurde eine Evaluierung der Verfahrensschritte durchgeführt.

Erdberger Mais – Stadtentwicklungszone „Neu Erdberg – Simmering“

Zur nachhaltigen Verbesserung der Grünstruktur wurde aus EU-Mitteln des URBAN II-Gebietes Wien-Erdberg ein Grün- und Freiraumkonzept für einen Teilbereich erstellt. „Grüntown“ gibt operative Ausgestaltungsmaßnahmen für Grün- und Freiflächen (z. B. natürliche Versickerung und Bepflanzung im Straßenraum, Wasserflächen im öffentlichen Raum) inklusive des Fuß- und Radwegenetzes für das unmittelbare Umfeld des Projektes Town-Town vor. Mit „Grüntown“ konnte ein Planungsprozess seitens der Stadtplanung eingeleitet werden, bei dem definierte Gestaltungssatzungen mittels EU-Finanzierung zur Sicherung einer urbanen, identitätsstiftenden Gestaltungsqualität des öffentlichen Freiraumes für die Benutzer/innen direkt durch Straßenbaumaßnahmen umgesetzt werden.

Strategische Blockerneuerung

In der Studie „Strategische Blockerneuerung“ wurde für maßgebliche Teile von Alt- und Neu Erdberg liegenschaftsübergreifende städtebauliche Ziele entwickelt und gezielte Inter-



ventionen in städtebaulicher, stadtstruktureller, stadtgestalterischer, grundstücksrechtlicher und förderungsmäßiger Hinsicht zur Durchsetzung von Maßnahmenbündeln gesetzt.

Masterplan für den Westbahnhof

Durch die Mitwirkung bei der Erarbeitung eines städtebaulichen und betrieblichen Leitkonzepts (Masterplan) wurden Synergien zwischen den Wertungsvorstellungen und Betriebserfordernissen der ÖBB und den Entwicklungsvorstellungen der Stadtplanung erzielt. Die Ergebnisse sind Grundlage für die Erstellung des Flächenwidmungsplans sowie weiterführender Wettbewerbs- und Planungsverfahren.

Nordbahnhof

Der Nordbahnhof gilt als bedeutende innerstädtische Entwicklungszone mit einem Wohnbaupotenzial von 9.000 Wohnungen. Durch die geplante Absiedelung der Busgarage Vorgartenstraße Anfang 2006 wurden Planungsaktivitäten für diesen Bereich gesetzt. Gemeinsam mit den Wiener Linien und der GESIBA wurde auf Basis des Leitbildes Nordbahnhof ein Wettbewerb durchgeführt. Das Siegerprojekt bietet neben klaren Bebauungsstrukturen um die denkmalgeschützte Garagenhalle auch einen innovativen Ansatz zum Thema Vorgarten. Ein weiterer Wettbewerb mit dem Titel „Wohnen am Park“ wurde gemeinsam mit der GESIBA durchgeführt. Die beiden Siegerprojekte wurden aufgrund der klaren Bebauungsstruktur und den innovativen Ansätzen im Bereich des Wohnbaus ausgewählt. Für die Ergebnisse beider Wettbewerbe wird im Jahr 2004 ein Bebauungsplan erarbeitet.

Entwicklungszone „Prater Neu“

Für die Zone Wurstelprater – Messe – Krieau – Stadion soll zur Attraktivitätsverbesserung ein zusammenhängender Veranstaltungs-, Ausstellungs-, Sport- und Entertainmentbereich entwickelt werden. 2003 wurde ein öffentlich ausgeschriebener Ideenfindungsprozess abgeschlossen und die Ergebnisse in einer Ausstellung im Messegelände der Öffentlichkeit präsentiert. Aufbauend auf den Zielvorgaben der Stadt Wien sowie unter Einbeziehung ausgewählter Konzeptvorschläge wurde ein Leitkonzept entwickelt, das die Basis für den Masterplan darstellt, für dessen Erstellung der französische Entertainmentspezialist Mongon beauftragt wurde.

Stadtstrukturelle Neuorientierungen

Städtebauliches Leitbild Bereich U2 – Station Messe – Wehlistraße

Das im Jahr 2002 erarbeitete städtebauliche Leitbild wurde nach Diskussion und Vorstellung vom Gemeinderat beschlossen und stellt nun die Basis für die weiteren Planungsschritte wie z. B. Gutachterverfahren etc. dar. Das nutzbare Grundflächenpotential von ca. 30 ha erlaubt rund 625.000 m² Bruttogeschoßflächen für unter-

schiedliche Nutzungen. Als Entwicklungshorizont wird 2015 angenommen, wobei 2008/2009 durch die Fertigstellung der U2 sowie Ausrichtung der Fußball EM 2008 die stärksten Impulse gegeben sind.

Attraktivierung des rechten Donauufers

Das rechte Donauufer ist ein wenig genutztes Naherholungsgebiet für den 2. und 20. Bezirk. Die starke Barriere Handelskai samt parallel laufender Donauuferbahn kann sinnvoll nur kreuzungsfrei überwunden werden. Dazu sind, vor allem für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen, in zumutbaren Abständen angeordnete Stege erforderlich. Zusätzlich zu den bestehenden Einrichtungen, wie Promenade/Radweg, Anlegestellen, Restaurant, Hotel und Bootshafen, besteht ausreichend Potenzial für weitere Attraktionen. Im Herbst 2003 wurde eine Studie erarbeitet, die neben möglichen Standorten für Stege über den Handelskai und die Donauuferbahn auch Überlegungen zur Attraktivierung des rechten Donauufers beinhaltet.

Neustrukturierung Handelskai

Die mit der Bebauung auf den ehemaligen „Garvens“- sowie „Readymix“- Liegenschaften eingeleitete Umorientierung von ehemaligen Industrieanlagen zu hochwertigen Wohn- und Wirtschaftsstandorten hat auf Grund absehbarer Stilllegung von Betrieben auf den KDAG- (Siemens-) Gründen sowie von Liegenschaften der Maschinenfabrik Krause eine Fortsetzung gefunden. Als Grundlage für die weiteren Planungsschritte wurden daher für diese benachbarten Liegenschaften aufeinander abgestimmte Bebauungsstudien in mehreren Varianten erstellt.

Rahmenplan Taborstraße

Durch die Verlängerung der U2 bieten sich für die Geschäftsstraße Taborstraße Chancen für eine Neuorientierung und Neugestaltung. Die Ergebnisse des im Jahr 2002 von der „Arbeitsgruppe Taborstraße“ erarbeiteten Rahmenplans Taborstraße wurden diskutiert und entsprechend der Projektfortschreibung präsentiert. Gleichzeitig hatten die Bürger/innen die Möglichkeit, ihre Ideen für die Taborstraße in der Bezirksvorsteherung des 2. Bezirks einzubringen. Weiters beschäftigte sich eine Gruppe von Architekturstudent/innen in einem Entwurfsprogramm mit der Taborstraße.

Neue Siedlerbewegung

Am Gelände einer aufgelassenen Gärtnerei im 14. Bezirk wurde ein Projekt für eine Mustersiedlung im Sinne des klassischen Wiener Wohnbaus geplant. Basierend auf einem Masterplan soll eine neue „Werkbundsiedlung“, geplant durch 12 renommierte europäische Architekten, nach neuesten technologischen Erkenntnissen errichtet werden. Die Bebauungsform, für die ein Flächenwidmungs- und Bebauungsplan beschlossen wurde, wird die Vorzüge eines Ein-

Stadtentwicklung und Verkehr

familienhauses mit der des Geschoßwohnhauses vereinen.

Weltkulturerbe

Sicherung der Bausubstanz der Wiener City

Mit der Überarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für Teilbereiche der Wiener Innenstadt erfolgte im Hinblick auf den Schutz des bestehenden Stadtbildes des 1. Bezirks – Weltkulturerbe – eine Modifizierung der Bebauungsbestimmungen, wobei einerseits ein maßvoller Ausbau der Dachgeschoße ermöglicht, jedoch andererseits auch ein Schutz für die bestehende Dachlandschaft und das örtliche Stadtbild gesichert werden sollte.

Wien – Mitte

Im Jahr 2003 wurden Vorbereitungen für ein neues Projekt „Wien – Mitte“ getroffen, das mit dem Weltkulturerbestatus der Wiener Innenstadt bezüglich der Gebäudehöhen verträglich sein sollte. Dazu wurde ein von der Stadt Wien anonymer städtebaulicher Wettbewerb ausgelobt. Ein international hochkarätig besetztes Preisgericht unter Mitwirkung von Vertretern aller politischer Fraktionen wählte den Entwurf der Architekten Henke & Schreieck zum Siegerprojekt aus. Für die Jury war die Einfachheit und Klarheit des städtebaulichen Vorschlags, das Prinzip des gedeckten, großzügigen Hofes sowie die Fähigkeit des Projekts, in unabhängigen Abschnitten realisiert zu werden, ausschlaggebend. Das Projekt soll unter Einbeziehung der Grundeigentümer bzw. Investoren weiterentwickelt werden.

Alte Ortskerne/Weltkulturerbe

Dem alten Siedlungskern von Penzing wurde auf Grund seiner nunmehrigen Lage innerhalb der Pufferzone des Weltkulturerbes Schönbrunn mit der Erweiterung der bisherigen Schutzbestimmungen besondere Bearbeitungstiefe bei der Überarbeitung der Bebauungsbestimmungen gewidmet.

Erhaltung der historisch gewachsenen Stadtstruktur

Währinger und Döblinger Cottage

Für den Bereich des Cottages wurden die Schutzabgrenzung überarbeitet sowie die Bebauungsbestimmungen modifiziert. Im Zuge des Widmungsverfahrens fand eine Bürgerinformationsveranstaltung statt.

Stabile Wohngebiete

Für Bereiche im 2. Bezirk, die sowohl gründerzeitliche Strukturen als auch Einsprengungen durch sozialen Wohnbau einerseits aus der Zwischenkriegszeit, andererseits auch aus den letzten Jahrzehnten aufweisen, wurden Flächenwidmungs- und Bebauungspläne zum Beschluss gebracht, die eine zeitgemäße

Erneuerung der Altbausubstanz im Sinne der Stadterneuerung mit dem Ziel der Annäherung an die nunmehrigen Qualitätsansprüche gewährleisten sollen.

Heterogene Nutzungsansprüche

Zur Erhaltung und Förderung gemischt gewerblicher Nutzungen ohne eine massive Verdrängung von Wohnraum, sondern vielmehr zu dessen zeitgemäßer Erneuerung, wurden in Gebieten des 15. Bezirks, die einerseits durch die Barrierewirkung des Westbahnhofs und andererseits durch die Verkehrsbelastung der Johnstraße betroffen sind, Flächenwidmungs- und Bebauungsbestimmungen erlassen, die eine Nutzungsmischung unter Ausbau der bestehenden Betriebe zukunftsweisend ermöglichen sollen.

Sicherung und Nutzungsbarmachung von Grün- und Erholungsflächen

Der übergeordnete stadträumliche Erholungsraum am rechten Donauufer zwischen Reichsbrücke und Stadtgrenze wurde unter Zugrundelegung des Leitbilds für den Donauraum mit einer Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans erfasst, der die Belange des Hochwasserschutzes und des Erholungsraumes, verbesserte Erreichbarkeit und freie und öffentlich Zugänglichkeit berücksichtigt. Den zukünftigen Ausbauerfordernissen der ÖBB und des Schifffahrtswesens wurde Rechnung getragen.

Für die im 14. Bezirk gelegenen großflächigen Kleingartenanlagen im Rosental, die auf Grund ihrer topografischen Gegebenheiten und heterogenen Struktur einer auch auf die Erschließbarkeit abgestimmten Betrachtung und Bearbeitung bedurften, wurde ein Flächenwidmungs- und Bebauungsplan vom Gemeinderat beschlossen.

Vorsorge für Tiefgaragen

- Bei der Projektierung der Tiefgarage am Neuen Markt war die MA 21A Mitglied im Beurteilungsgremium zur Variantenuntersuchung.
- Im Bereich des Sportplatzes am Ludo-Hartmann-Platz im 16. Bezirk und am Parhamerplatz im 17. Bezirk wurde die Widmung für Garagen beschlossen.
- Im 19. Bezirk wurde widmungsmäßige Vorsorge für die Errichtung einer Tiefgarage im Bereich des Karl-Marx-Hofes getroffen.

Kommunikationsformen mit der Bevölkerung

Bürgerbeteiligung bei Flächenwidmungsverfahren

Unter der Leitung der Wiener Umwelthanwaltschaft wurde gemeinsam mit einer Bürgergruppe, Raumplanern, der Arbeiterkammer, Gebietsbetreuung und Agenda 21 für den 9. Bezirk sowie der Stadtplanung eine sinnvolle Einbindung der Bevölkerung bei der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungspläne erörtert. Damit wurden die Erfahrungen, welche im Zuge des

Widmungsverfahren zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für das Gebiet Sensengasse gesammelt wurden, weiterentwickelt.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd-Nordost (MA 21B)

Planungen in den Bezirken

10. Bezirk

Für die Realisierung des **Hauptbahnhofs Wien** wurde gemeinsam mit den ÖBB ein „Letter Of Intent“ ausgearbeitet, der die künftigen Planungen und Umsetzungsschritte sowohl des beabsichtigten Durchgangsbahnhofs als auch eines neuen Stadtteils vorbereitet. Im Oktober 2003 unterzeichneten Vertreter der Republik Österreich, der ÖBB und der Stadt Wien diese Absichtserklärung. In weiterer Folge wurde die Erstellung eines städtebaulichen Masterplans eingeleitet.

Im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungs- und Nutzungsstudie für das Areal des **Preyer'schen Kinderspitals** wurden Vorschläge für eine künftige Nutzung erarbeitet. Das Ergebnis der Studie soll als Grundlage zur Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans herangezogen werden.

Die Verfahren zur Festsetzung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen für den Bereich zwischen Triester Straße und Favoritenstraße südlich des dicht bebauten Stadtgebiets konnten abgeschlossen werden. Weitere Festsetzungen erfolgten im südöstlichen Bereich des Bezirks, wobei unter anderem die Trasse der künftigen Südumfahrung berücksichtigt wurde.

11. Bezirk

Das **Schloss Neugebäude** soll revitalisiert und im Rahmen von Kultur- und Bildungseinrichtungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Um Nutzungs- und Entwicklungsvorschläge im größeren räumlichen Zusammenhang zu erhalten, wurde die Erstellung einer entsprechenden Studie beauftragt und abgeschlossen.

Am 30. Jänner 2003 wurde der Strukturplan „Mehrwert Simmering“ vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen. Zur widmungsmäßigen Umsetzung wurden für drei Teilgebiete Planentwürfe ausgearbeitet, von denen bereits ein Plandokument Rechtskraft erlangt hat. Mit der Beschlussfassung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen im dicht bebauten Stadtgebiet wurden Anreize für die Realisierung städtebaulicher Maßnahmen gesetzt. Darüber hinaus konnten wesentliche infrastrukturelle Projekte wie die künftige Müllverbrennungs- und Biogasanlage oder die geplante Errichtung eines Seniorenwohnheims durch entsprechende Widmungsfestsetzungen berücksichtigt werden.

12. Bezirk

Für den Bereich der ehemaligen **Kabel- und**

Drahtwerke AG (KDAG) in der Oswaldgasse sind durch die Arbeit des Gebietsmanagements, in dem Vertreter der MA 21B ständige Mitglieder sind, große Erfolge hinsichtlich Entwurfsqualität der Projekte und Umsetzungen von Planungsintentionen erzielt worden. Die Konzeption des Entwicklungsvorhabens KDAG stößt weiterhin in internationalen Fachkreisen auf großes Interesse und wurde im Rahmen von Veranstaltungen in Istanbul, Gdynia und Paris vorgestellt. Für die Neuplanungen für den Bereich der ehemaligen **KOMET-Gründe** wurden die analytischen Vorarbeiten, die als Grundlage für einen Wettbewerb und für die nachfolgende Vorlage bei der Stadtentwicklungskommission dienen, durchgeführt und abgeschlossen. Für die architektonisch wichtigen **Siedlungen Am Rosenhügel und Hoffingergasse** wurde ein Gestaltungskonzept beauftragt, welches nun als Grundlage für die zu erstellenden Planentwürfe dient.

13. Bezirk

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe wurden auf Basis des Siegerprojekts die planungsbestimmenden Parameter für das Vorfeld **Schönbrunn** erarbeitet, um diese in den nun zu erstellenden Planentwurf einfließen zu lassen. Für die Errichtung von zwei **Volksgaragen** wurden zum einen die Vorarbeiten durchgeführt (Ober St. Veit), zum anderen das Verfahren zur Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans (Auhofstraße) abgeschlossen. Zur Bestandsicherung des Naherholungsraums des **Lainzer Vorfelds** ist das Verfahren zur Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans im Laufen.

21. Bezirk

Die Verfahren zur Neufestsetzung des Flächenwidmungsplans und Bebauungsplans für die Ortskerne Jedlersdorf und Stammersdorf, sowie für die Siedlungsgebiete Alließengasse und Kürschnergasse Süd konnten abgeschlossen werden. Für die großen landwirtschaftlich genutzten Bereiche im Vorfeld des **Bisamberg**s erfolgte die Sicherung der landwirtschaftlichen Nutzung in Abstimmung mit Zielen der Erholungsnutzung (Dr.-Nekowitsch-Straße, Strebersdorfer Straße). Ebenso wurde im Bereich des Langen Feldes die Nachnutzung des Deponiegebiets als Erholungsgebiet widmungsmäßig sichergestellt. Am Karl-Seitz-Platz konnten die Voraussetzungen zur Errichtung einer **Volksgarage** geschaffen werden.

Die laufenden Verfahren für die Landwirtschafts- und Erholungsflächen des Bisamberg stehen nunmehr kurz vor der Beschlussfassung. Weitere Verfahren, für besiedelte Gebiete (KGA Frohes Schaffen und Kürschnergasse Nord) wurden eingeleitet. Aufbauend auf Bestandsaufnahmen wurden Vorstudien für die Erstellung eines **städttebaulichen Leitbilds für das Zentrum von Floridsdorf** (entsprechend dem Hochhauskonzept) erarbeitet. Die Bebauungsstudien Bahnhof Jedlese, welche Aussagen über eine künftige Nutzungsmöglichkeit des ehemaligen Bahnhofareals liefern, wurden abgeschlossen.

Stadtentwicklung und Verkehr

22. Bezirk

Aufbauend auf den im Vorjahr erarbeiteten Grundlagen wurde der städtebauliche **Wettbewerb „SchauPlatzKagran“** mit zehn Teilnehmer/innen durchgeführt. Das Ergebnis soll als Grundlage für die im Jahr 2004 vorgesehene Erarbeitung eines Leitbilds für die Gesamtentwicklung im Bereich Zentrum Kagran dienen.

Gemäß Regierungsbeschluss wurde das **Projektteam Flugfeld Aspern** eingerichtet, das die Aufgabe hat, einen städtebaulichen Wettbewerb für die künftige Entwicklung am Flugfeld Aspern vorzubereiten und im Jahr 2004 durchzuführen. Dafür wurden Konzepte ausgearbeitet, eine „Ideensammlung mit Bürger/innen“ beauftragt sowie die Organisation des Wettbewerbs ausgeschrieben.

Das Ergebnis des städtebaulichen Gutachter/innenverfahrens für den neuen Stadtteil Donau City wurde vom erstgereihten Architekturbüro Dominique Perrault verfeinert und schließlich von der MA 21B zu einem aktuellen **Strukturplan Donau City** weiterentwickelt, der im Jahr 2004 dem Gemeinderat präsentiert werden soll, und somit als Grundlage für die weiteren Entwicklungsschritte dienen wird. Das Hauptaugenmerk gilt dabei neben der Errichtung weiterer Bürogebäude vor allem der Vernetzung mit den Nutzungsansprüchen im Uferbereich der Neuen Donau.

Die vom Gemeinderat beschlossenen Planentwürfe in der Donaustadt umfassten mehrere Flächen, die im Zuge der **„Neuen Siedlerbewegung“** bearbeitet wurden (Pawlikgasse, Pichlgasse, Weingartenallee) sowie die Bereiche Rennbahnweg, Industriestraße, Teile des Donauparks, Sportplatz Kagran, Carl-Kaserne, Ortskern und Sportanlage Stadlau, Paxsiedlung, Plankenmaissiedlung, Wulzendorfstraße und Contiweg sowie den Kagraner Platz und den Bereich Oleandergasse in Breitenlee.

In Vorbereitung bzw. in Bearbeitung für angestrebte Widmungsverfahren befanden sich unter anderem Gebietsbearbeitungen für die Bereiche U1-Verlängerung, Donauturm, Teile von Kagran und Hirschstetten, die Untere Lobau, Elfingerweg, U2-Station Hardeggasse, Ortskern Hirschstetten, mehrere Flächen im Zusammenhang mit der „Neuen Siedlerbewegung“ und der Gewerbepark Stadlau.

23. Bezirk

Die Planungen für die städtebauliche Entwicklung auf dem Areal der ehemaligen **Liesinger Brauerei** (Schaffung einer urbanen Zone und attraktiver Wohnungen unter Wahrung der naturräumlichen Qualitäten) wurden auf Basis des Gutachter/innenverfahrens zu einem städtebaulichen Leitbild entwickelt, und mittlerweile als rechtliche Basis im Rahmen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans vom Gemeinderat beschlossen.

Auf der Grundlage des nach einem Gutachter/innenverfahren entwickelten städtebaulichen Leitbilds soll auf dem Gebiet der **Hämmerle Gründe** und angrenzender Bereiche eine Wohnbebauung mit ca. 300 Einheiten entstehen. Die dafür maßgebenden Vorarbeiten wurden abgeschlossen und das Verfahren zur Erstellung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans wurde eingeleitet.

Für den Wettbewerb **„EUROPAN 7“**, in dessen Rahmen für den Bereich Perfektastraße Ost Vorschläge für eine standortgemäße Nutzungsalternative zur festgesetzten Wohnbebauung erarbeitet werden sollten, wurden Vorarbeiten durchgeführt. Das Siegerprojekt aus dem Wettbewerb liegt seit Dezember 2003 vor. Die Vorbereitungsphase für die Überarbeitung des gültigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplans wurde mit der Präsentation des Siegerprojekts eingeleitet.

Für das Stadtentwicklungsgebiet **„In der Wiesen“** wurde ein Stadtteilplanungskonzept erstellt, das aktuelle Parameter, zukünftige Entwicklungen und Planungsstrategien aufzeigt. Begleitend zur Erstellung des Stadtteilplanungskonzepts wurde eine Aktualisierung der Verkehrsuntersuchung beauftragt. Die Aussagen dieses Konzepts sollen auch Gültigkeit für den geplanten städtebaulichen Wettbewerb **„In der Wiesen Süd“** für 500 Wohneinheiten haben.

Sonstige fachliche Aktivitäten bzw. Vorhaben

Vom 5. bis 8. Oktober 2003 fand im Wiener Rathaus der **47. Weltkongress des Internationalen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IVWSR – IFHP)** unter dem Thema **„cities & markets“** statt.

Gegliedert nach drei Subthemen, „urban economy“, „urban society“ und „urban space“, welche jeweils den inhaltlichen Schwerpunkt an einem von drei Kongresstagen bildeten, wurde versucht herauszuarbeiten, welchen Herausforderungen sich städtische Räume im Zeitalter der globalen und im Weltmaßstab deregulierten Märkte gegenüber sehen, und welche Strategien notwendig und möglich sind, um unter diesen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, dass Städte (auch) im 21. Jahrhundert lebenswerte Orte des nachhaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts bleiben oder werden. In einer Festrede, drei Keynotes und mehr als 20 Fachvorträgen und Kommentaren konnten sich die rund 500 Kongressteilnehmer/innen mit einem umfassenden Spektrum von Denkansätzen international angesehener Fachleute unterschiedlicher Disziplinen und Institutionen auseinandersetzen. Eine Stadtrundfahrt und elf Fachexkursionen gaben Gelegenheit, die Kongressthematik an aktuellen Wiener Beispielen für Stadtplanung, Architektur, Projektentwicklung und Wirtschaftsstrategie nachzuvollziehen und zu veranschaulichen. Auch in den Rahmenprogrammen, von der clubbingartigen „Welcome Reception“ im Sempdepot der Akademie der bildenden Künste bis zum

Ausklang bei Wiener Walzer im Palais Schwarzenberg wurde versucht, die spannende Auseinandersetzung zwischen Traditionellem und Neuem in Wien spüren zu lassen.

Die **Arbeitsgruppe MILU** (Multifunctional and Intensive Land Use) des IVWSR, in der ein Vertreter der MA 21B Mitglied des Kernteams ist, veranstaltete ihren 3. Workshop in Gdynia/Polen. Über die Ergebnisse dieses Treffens wurde anlässlich des IVWSR-Kongresses in Wien berichtet. Weiters fanden die Vorarbeiten zu den im Frühjahr 2004 beginnenden Arbeiten des EU-geförderten Netzwerkprogramms MILUNET (INTERREG III C) statt, wobei ein Vertreter der MA 21B Repräsentant der Stadt Wien und Mitglied des Leitungskomitees ist.

An einer Reihe von **Arbeitskreisen** wurde im Rahmen von übergeordneten Gebietsplanungen und Sachkonzepten (Klip-Programm, Masterplan Verkehr, STEP-Arbeitskreise, AK Landwirtschaft - Agrarstruktureller Entwicklungsplan und andere) intensiv mitgearbeitet. Weiters wurde an der Projektdatenbank der Stadt Wien, der Wettbewerbsdatenbank, den übergeordneten Straßenprojekten S 2 und A 23, der 4. Ausbauphase der U-Bahn sowie an der Verlängerung der Straßenbahnlinien in die Donaustadt, dem von der MD-BD - Gruppe Planung geführten „Magistrats-Team zur Lokalen Agenda 21“ sowie dem Arbeitskreis „Grundlagen für die Durchführung von Wettbewerben auf dem Gebiet der Architektur und des Städtebaus“ regelmäßig mitgearbeitet.

EDV und Kommunikation

Das im Jahr 2002 als Pilotversuch gestartete Internet-Service „**Planeinsicht online**“ wurde im Jahr 2003 mehrfach als zusätzliche Informationsschiene bei der öffentlichen Auflage von Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfen eingesetzt. Dieses elektronische Service bietet die Möglichkeit, für die Dauer der öffentlichen Auflage von Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfen auch auf elektronischem Weg Planeinsicht zu nehmen und über ein Online-Formular direkt eine Stellungnahme dazu abzugeben. Auf Grund der durchwegs positiven Erfahrungen ist geplant, dieses Service der elektronischen Einsichtnahme künftig besonders auf jene Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfe auszuweiten, von denen angenommen werden kann, dass ein sehr großes Interesse seitens der Bevölkerung besteht.

Statistischer Jahresüberblick

Vom Wiener Gemeinderat wurden im Berichtsjahr für das nordöstliche und südliche Stadtgebiet 55 Plandokumente beschlossen. Zusätzlich wurde eine zeitlich begrenzte Bausperre gemäß § 8 Abs. 2 der Bauordnung für Wien verhängt. Bei den erstgenannten Planentwürfen handelte es sich um Aufhebungen und Neufestsetzungen, die in der Regel umfangreicher Vorarbeiten (Grundlagenschaffung, Bestandsaufnahmen, städtebauliche Analysen, Zielermittlungen und dergleichen) bedurften. Die damit abgedeckte

Gebietsfläche umfasst ca. 2.140 Hektar, somit ca. 7,6 Prozent der Fläche der Wiener Gemeindebezirke 10 bis 13 und 21 bis 23. Mit Ausrichtung auf das „Zehnjahresprogramm“, der Frist für die Überarbeitung der übergeleiteten Plandokumente, befanden sich weitere 85 Vorentwürfe in Bearbeitung (Planverfahren eingeleitet bzw. im Lauf) und 82 Gebiete in Vorbereitung.

Der Abteilung wurden 2.032 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde zur Behandlung übermittelt. Auf Grundlage des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 624 Anfragen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan geprüft. 30 Widmungsansuchen wurden in den Widmungsgesprächen behandelt.

Insgesamt betrug die gerundete Gesamtsumme der finanziellen Aufwendungen für alle Planungsaktivitäten 1,21 Mio. EUR. Differenziert nach Verwendungsbereichen ergaben sich für Gutachter/innenverfahren und Stadtteilplanung 259.000 EUR, für Sachkonzepte wie etwa Grünraum und Verkehr 91.000 EUR, für Bestandsaufnahmen bzw. Bestandsanalysen für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 267.000 EUR, für Sonderaufgaben (Kongress)/EDV wurden 591.000 EUR und für Nebenkosten (Kopien, Modelle) wurden 1.000 EUR verwendet.

Straßenverwaltung und Straßenbau (MA 28)

Straßenbau- und Erhaltung

Das Jahr 2003 stand ganz im Zeichen der Neugestaltung des Öffentlichen Raumes. Neben der **Wipplinger Straße**, einer Altwiener Einkaufsstraße vom Hohen Markt bzw. Tuchlauben über den Tiefen Graben bis hinunter zur Börse, wurde auch der **Albertinaplatz** neu gestaltet. Während mit dem Straßenumbau in der Wipplinger Straße das Ziel verfolgt wurde, durch Verbreiterung der Gehsteige, Baumpflanzungen und eine neue Straßenbeleuchtung das Flanieren und Einkaufen für die Fußgänger/innen attraktiver zu gestalten, stand bei der Umgestaltung des Albertinaplatzes die bessere Bewältigung der enormen Touristenströme von und zur Albertina im Vordergrund. Nach Errichtung einer Tiefgarage wurden 2003 der **Robert-Stolz-Platz** und der **Schlesingerplatz** neu gestaltet.

Das wichtigste Bauvorhaben im Jahr 2003 war jedoch zweifellos der Umbau des **Schwarzenbergplatzes**. Dieser wichtige innerstädtische Verkehrsknoten wird von mehr als 30.000 Kraftfahrzeugen täglich frequentiert, entsprechend hoch ist die Beanspruchung der Fahrbahn. Die Abwicklung des Bauvorhabens war eine große Herausforderung für die Mitarbeiter/innen der MA 28 sowie die ausführenden Baufirmen. Nach der Winterpause wurde der im Herbst 2002 begonnene Abschnitt Ring - Lothringerstraße fertig gestellt. Der Knoten Lothringerstraße konnte nur abschnittsweise umgebaut werden, da der Hauptstraßenverkehr nicht umgeleitet werden konnte. Besonders

Stadtentwicklung und Verkehr

schwierig gestaltete sich die Errichtung der großflächigen Spezialfundamente für die Lichtmaste in diesem Bereich.

Das erwartete Verkehrschaos ist jedoch ausgeblieben, die Bauphase konnte zügig abgeschlossen und der Abschnitt drei Wochen früher als geplant wieder für den Verkehr freigegeben werden. Im Eilzugstempo wurde der Anschluss Prinz-Eugen-Straße bei halbseitiger Sperre der Fahrbahn hergestellt. Eine Beschleunigung des Straßenumbaus in diesem Bereich führte zu einer Verkehrsfreigabe nach nur sieben Wochen Bauzeit. Damit war die schwierige Umleitungsstrecke durch eine Reihe von Nebengassen im 4. Bezirk nicht mehr erforderlich und die Wohnbevölkerung wieder vom Durchzugsverkehr entlastet. Bis Anfang November 2003 wurden auch die letzten Straßenbauarbeiten im Fahrbahnbereich abgeschlossen, die Umleitungsstrecke in Richtung Rennweg wurde aufgehoben.

Die neue Verkehrsorganisation bewährt sich sehr, Staus und gegenseitige Behinderungen zwischen Kraftfahrzeugen und Straßenbahn – wie sie vor dem Straßenumbau am Knoten Am Heumarkt an der Tagesordnung waren – gehören der Vergangenheit an. Neue Radwege auf beiden Seiten des Platzes machen den Schwarzenbergplatz auch für Radfahrer zu einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt. Viele interessante straßenbautechnische Detaillösungen machen den Platz einzigartig. Die direkte Anbindung von Rennweg und Prinz-Eugen-Straße an den Schwarzenbergplatz ermöglicht eine deutliche Vergrößerung des Bereiches um den Hochstrahlbrunnen. Bis Ende Mai 2004 wird auch dieser Bereich ebenso wie die Effektbeleuchtung im Boden abgeschlossen.

Auch im Zuge des **Ausbaus der S7 – Flughafen-schnellbahn** wurden viele Straßen im Umfeld der S7 attraktiver gestaltet. Grundsätzlich konnten durch den Ausbau und die Tieferlegung der Trasse der Flughafenschnellbahn eine Reihe von Eisenbahnquerungen niveaufrei ausgeführt werden. Lästige Wartezeiten vor geschlossenem Schranken entfallen. Zu den wichtigsten straßenbautechnischen Maßnahmen in diesem Zusammenhang zählen die Unterführung Weichseltalweg und Geiselbergstraße. Zur flüssigen und sicheren Verkehrsabwicklung wurden einige Kreisverkehrsanlagen errichtet, so z. B. in der Hasenleitengasse. Darüber hinaus wurden wichtige Lücken im Radwegenetz geschlossen und durch die Tieflage der S-Bahn Flächen für neue Nutzungen an der Oberfläche gewonnen, womit die Barrierewirkung der Bahntrasse im Bereich der B 221 unterbrochen werden konnte.

Mit 1. April 2002 wurden die Bundesstraßen in den eigenen Wirkungsbereich der Länder übertragen. Die Abwicklung von Bauvorhaben auf den **ehemaligen Bundesstraßen** kann dadurch beschleunigt werden. Wichtig ist, dass nunmehr die Bedürfnisse der Wiener besser berücksichtigt werden können. Die **B 224 – Altmannsdorfer Straße** und die **Sagedergasse** waren die ersten ehemaligen Bundesstraßen (nun Hauptstraßen B), die seitens der Stadt Wien, im eigenen Wirkungsbereich umgebaut wurden.

Im Jahr 2003 sind folgende Instandhaltungs- bzw. Belagserneuerungsarbeiten auf **Autobahnen und Schnellstraßen** hervorzuheben: A 4 – Belagserneuerung Fahrtrichtung Zentrum zwischen Schrägseilbrücke und Anschluss A 23, A 4 – Leitschientausch in Fahrtrichtung Zentrum im gesamten Wiener Stadtgebiet.

2003 konnten eine Reihe weiterer ehemaliger Bundesstraßenprojekte umgesetzt werden:

Die **B 225 – 10., Bitterlichstraße**, die vor dem Umbau eher den Charakter einer Landstraße hatte, wurde komplett erneuert. Neben neuen Fahrbahnbelägen erhält sie moderne Radwege und Gehsteige, Parkspuren sowie abschnittsweise eine Lärmschutzwand. Die neue Lichtmastbeleuchtung stellt



Der neue Schwarzenbergplatz im Spätsommer 2003.

sicher, dass sich die Menschen auch während der Nacht sicher fühlen. Damit hat diese wichtige Tangentialverbindung zwischen dem 10. und 11. Bezirk ein neues Outfit erhalten.

Mit der **neuen B 3** zwischen Donauefelder Straße und Dr. Adolf-Schärf-Platz wird eine wichtige Lücke geschlossen. Die Straße dient der Erschließung der neuen Siedlungsgebiete in Kagran West, sie wird die Siedlungsgebiete vom Durchzugsverkehr entlasten und über die neuen Radwege einen Anschluss an das übergeordnete Radwegenetz ermöglichen. Lärmschutzwände sollen die Lärmbelastung für die Anrainer/innen minimieren und eine großzügige Grünfläche zwischen der bestehenden Siebeckstraße und der neuen Hauptstraße soll neue Spielflächen erschließen. Mit Baumreihen auf beiden Seiten der Straße wird diese den Charakter einer Allee erhalten. Da es sich bei diesem Straßenbauvorhaben um eine Neutrassierung handelt, kommt es durch den Straßenumbau zu keinen nennenswerten Verkehrsbehinderungen. Die neue Trasse ist hergestellt, die Fahrbahnen fertig. Im Frühjahr 2004 werden Radwege und Gehsteige sowie die Lärmschutzwände errichtet. Ist der Straßenbau abgeschlossen, können die Bäume gepflanzt und die Grünflächen gestaltet werden. Im Sommer 2004 wird die neue Straßenverbindung für den Verkehr freigegeben.

Darüber hinaus erhielten auch die **B 13 a – Perfektastraße** und die **Erlaaer Straße** im 23. Bezirk ein zeitgemäßes Aussehen.

Ausbau des Radwegenetzes

Der Ausbau des Radwegenetzes bildete neben den Großbauvorhaben einen wichtigen Schwerpunkt im Jahr 2003. Erwähnenswert sind hier neben den Radfahranlagen am **Schwarzenbergplatz** insbesondere auch der Radweg in der **Margaretenstraße**, der **Margetinstraße** sowie die Radwege in der **Hirschstettnerstraße** und der **Perfektastraße**. Am Schwarzenbergplatz wurden auf beiden Seiten des Platzes Einrichtungsradwege errichtet, in der Margaretenstraße durch die Errichtung eines baulichen Radweges Radfahren gegen die Einbahn ermöglicht. Bei den anderen genannten Radwegen, die 2003 umgesetzt wurden, handelt es sich um Zwei-Richtungs-Radwege.

Personalmanagement und Frauenförderung

Eine der zentralen Aufgaben des Personalmanagement ist es, für den/die Mitarbeiter/in ein angenehmes Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem Qualifikationen gefördert und durch effektive und effiziente Ressourcensteuerung die Produktivität sicher gestellt wird.

Die MA 28 bekennt sich zur **aktiven Frauenförderung**. Der Frauenanteil ist im Zeitraum November 2002 bis November 2003 von 9,7 Prozent auf 11,5 Prozent angestiegen. Ein aktives Frauenförderungsprogramm soll helfen, die Frauenquote in der MA 28 kontinuierlich anzuheben. Einen Schwerpunkt der Frauenför-

derung 2003 bildeten Seminare zum Thema „Gendergerechte Sprache“ für Führungskräfte und alle Mitarbeiterinnen der MA 28.

Qualitätsmanagement

Im Sinne des New Public Managements hat sich die MA 28 im Jahr 2003 entschlossen, ein Qualitätsmanagement-System einzuführen und zu verankern. Das Projekt wurde im Juni 2003 mit Unterstützung der Firma Procon gestartet. Zu Beginn wurde für die MA 28 eine Prozesslandschaft mit 31 Prozessen erstellt, welche gemäß ISO-Norm 9001-2000 in Managementprozesse, Geschäftsprozesse, unterstützende Prozesse und Verbesserungsprozesse unterteilt wurden. Um die Mitarbeiter/innen der MA 28 möglichst umfassend in den Aufbau des Systems einzubeziehen, wurde ein „QM-Team“, dem Mitarbeiter/innen aller Ebenen und Bereiche der Abteilung angehören, gebildet. Ing. Günter Unger wurde zum Qualitätsmanager in der MA 28 ernannt. Um seine Aufgaben als Qualitätsmanager optimal wahrnehmen zu können, hat er eine externe Ausbildung zum Qualitätsbeauftragten sowie zum internen Auditor absolviert. Interne Audits dienen der Überprüfung und gegebenenfalls der Korrektur und Verbesserung von Prozessabläufen.

Die jeweiligen Prozesse wurden in Prozessteams mit einem Prozessverantwortlichen (PV) und eine Reihe von Mitarbeiter/innen aus dem betroffenen Fachbereich in bis zu vier Prozessteams erarbeitet. Die Firma Procon und der Qualitätsmanager achteten dabei auf Normkonformität und unterstützte die PVs bei der Prozessgestaltung. Diese Ist- und Soll-Prozesse sowie die zugehörigen Prozessbeschreibungen wurden in der Zeit von Juli bis Dezember 2003 abgebildet. 13 Qualitätsbeauftragte und interne Auditoren sollen die Mitarbeiter/innen bei der Umsetzung des Qualitätsmanagements in der MA 28 unterstützen. Ende des Jahres wurden die ersten Prozesse vom Abteilungsleiter zur Umsetzung freigegeben. Alle anderen wurden Anfang 2004 finalisiert und freigegeben. Bis Ende Jänner 2004 sollen Aufbau und Dokumentation des Managementsystems in der MA 28 abgeschlossen und die ersten internen Audits durchgeführt sein. Im April 2004 strebt die MA 28 die Zertifizierung an.

Mitarbeiter/innen 2003

Qualifikationsgruppen	in Prozent	in Zahlen
Akademiker/innen – A	7,3	24
Maturant/innen – B	17,1	56
Werkmeister/innen – C/D	18,7	61
Kanzleibedienstete – C/D	8,0	26
Arbeiter/innen ABM – D	40,7	133
Amtsgehilf/innen – D	0,9	3
Bedienstete des technischen Dienstes	4,0	13
Lehrlinge	2,1	7
Jobrotanten	1,2	4
Gesamt	100,0	327

Stadtentwicklung und Verkehr

Öffentlichkeitsarbeit

Neue Aufgaben und Ziele

Entsprechend den Zielsetzungen der Stadt Wien nach einer integrativen Öffentlichkeitsarbeit in den jeweiligen Abteilungen der Wiener Stadtverwaltung fällt der MA 28 die Aufgabe zu, verstärkt über ihre Tätigkeit und Vorhaben zu informieren. Die Öffentlichkeitsarbeit der MA 28 umfasst hier einerseits die Medienarbeit bzw. Kommunikation der wichtigen Bauvorhaben und Leistungen der MA 28 mittels Foldern, Flugblättern, Presseaussendungen, im Rahmen von Ausstellungen und Messen und andererseits die Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Abteilung. Hierbei wird eine Kommunikation über ein möglichst breites Medienspektrum sowohl für die interne als auch die externe Öffentlichkeitsarbeit angestrebt. Alle im Rahmen der externen Öffentlichkeitsarbeit zu setzenden Schritte sind mit dem amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr abzustimmen. Die Umsetzung des Corporate Design der Stadt Wien bei allen Veröffentlichungen ist selbstverständlich.

Baustelleninformation

Mit durchschnittlich 520 Baustellen im öffentlichen Straßennetz pro Jahr steht die MA 28 immer im Blickpunkt einer breiten Öffentlichkeit. Der Kommunikation einzelner Bauvorhaben, deren Notwendigkeit und der nach einem Umbau zu erwartenden Vorteile und Nutzen für die Verkehrsteilnehmer/innen ebenso wie der Information über die in Zusammenhang mit einem Bauvorhaben stehenden Verkehrsbehinderungen und Umleitungsstrecken kommt deshalb entscheidende Bedeutung zu. In der Baustelleninformation hat die MA 28 im Jahr 2003 neue Wege beschritten. Neben der intensiven Medienberichterstattung wurden neue **Flugblätter** zur Information der Anrainer/innen über konkrete Bauvorhaben gestaltet und getestet. Diese neuen Flugblätter, die neben näheren Angaben zum jeweiligen Umbauvorhaben, der Bauzeit und Ansprechpartnern auch Grafiken enthalten, die Aufschluss über Verkehrsperren und Umleitungsstrecken geben, sollen nun zur Information von Anrainer/innen und Geschäftsleuten bei allen wichtigen Bauvorhaben der MA 28 eingesetzt werden.

Ein Schwerpunkt der projektbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2003 war die Fortsetzung der **Informationsoffensive zum Umbau des Schwarzenbergplatzes**. Der Schwarzenbergplatz als wichtiger Verkehrsknotenpunkt, der von mehr als 30.000 Kraftfahrzeugen täglich passiert wird, musste in mehreren Abschnitten und für jeweils mehrere Wochen für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt werden. Nur so konnte der Straßenumbau plangemäß durchgeführt werden. Neben der laufenden Versorgung eines Pools von Journalisten mit den relevanten Informationen zum Umbauvorhaben für eine optimale Information der Bevölkerung über die wichtigsten Print-, Fernseh- und Radio-Medien wurden Autofahrer/innen und Passant/innen direkt im Rahmen

einer „**Charmeoffensive**“ über die wichtigste Bauphase (Komplettsperre zwischen Lothringer Straße und Am Heumarkt) informiert. Zusätzlich zu einem Informationsblatt mit den relevanten Details zur 2. Bauphase wurde – wie bereits im Herbst 2002 – als „give away“ das „Schwarzenbergplätzchen“ verteilt. Mit der Charmeoffensive sollte nicht nur gezielt über die nächste Bauphase informiert werden, sondern bei den VerkehrsteilnehmerInnen auch um Verständnis für die mit dem Umbau verbundenen Verkehrsbehinderungen und –belästigungen geworben werden.

Darüber hinaus war seit Ende 2002 am Schwarzenbergplatz eine **LED-Informationswand** im Einsatz, auf der Verkehrsteilnehmer/innen in Abhängigkeit vom Baufortschritt laufend und topaktuell über das Umbauvorhaben informiert wurden. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Wien wurden zu allen verkehrswirksamen Bauphasen **Informationsbriefe** (gezeichnet von Verkehrsstadtrat Schicker) an die Wohnbevölkerung und die Wirtschaftstreibenden rund um den Schwarzenbergplatz versandt. Über eine **Wanderausstellung**, die sechs bis acht Wochen an den verschiedensten Örtlichkeiten am Schwarzenbergplatz zu Gast war (Bankfilialen und Institutionen am und um den Platz), konnten sich auch Kund/innen, Besucher/innen und Gäste über das Umbauvorhaben informieren. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Bauvorhaben den betroffenen Verkehrsteilnehmer/innen ebenso wie den Anrainer/innen Dank der umfassenden Öffentlichkeitsarbeit nahe gebracht wurde und die befürchteten Staus weitgehend ausblieben. Eine intensive Medienbetreuung (Print-, Radio- und Fernsehmedien) ebenso wie die Verteilung von Foldern und Flugblättern erfolgte darüber hinaus auch für eine Reihe weiterer wichtiger Bauprojekte der MA 28 (B 3, Wiedner Hauptstraße, Linzerstraße, Marxergasse, Getreidemarkt usw.). Insgesamt wurden rund 60.000 Folder und Flugblätter an die betroffene Bevölkerung sowie Geschäftstreibende verteilt.

Ausstellungen

Auch 2003 war die MA 28 auf Messen vertreten. Auf der Messe „Jeder für Jeden“ wurde gezeigt, welche Maßnahmen im Wiener Straßenbau für Menschen mit besonderen Bedürfnissen gesetzt werden. Vorgestellt wurde u. a. das Blindenleitsystem, das im Zuge des Umbaus der Lothringerstraße errichtet werden soll. Die Firma Ebenseer stellte für den Messestand der MA 28 als Anschauungsmaterial einige Blindenleitsteine zur Verfügung.

Eine Reihe von Ausstellungen in der Planungswerkstatt entstanden in Zusammenarbeit mit der MA 18 – Öffentlichkeitsarbeit: In der Ausstellung „Bericht aus der Planungswerkstatt“ wurden auch fünf Bauprojekte der MA 28 dem interessierten Publikum vorgestellt. Die Ausstellung „Die Straße als Stadtgestalterisches Element“ betonte die Bedeutung der Straße als Lebenspuls, die auch Impulse für die Stadtplanung setzt. Die Ausstellung „Barriere frei! – Stadt ohne Hindernisse?“ setzte sich mit dem öffentlichen Raum und seinen

Einrichtungen in Hinblick auf eine gleichberechtigte und selbständige Teilnahme aller Menschen am urbanen Leben auseinander.

Schließlich arbeitete die MA 28 auch an der Gestaltung einer Ausstellung zu aktuellen Projekten aus Stadtentwicklung und Verkehr bei der Herbstmesse Wien mit, die unter Federführung der MA 18 konzipiert worden ist. Neben dem Projekt Schwarzenbergplatz wurde auch die geplante Neugestaltung des Neuen Marktes einem sehr interessierten Publikum näher gebracht. Das Interesse der Besucher/innen war so groß, dass für das Jahr 2004 weitere Präsentationen von Schlüsselprojekten der MA 28 auf diversen Fachmessen in der Messe Wien neu geplant sind.

www.straesen.wien.at

Im Winter 2003 wurde mit der Gestaltung des Web-Auftritts der MA 28 auf der Online-Plattform www.wien.at begonnen. Ab Ende März 2004 sollen die neuen Internetseiten verfügbar sein. Neben allgemeinen Informationen zu Aufgaben und Tätigkeit der MA 28 sollen die wichtigsten Planungs- und Bauvorhaben der Abteilung im Detail vorgestellt werden. Darüber hinaus soll auch ein umfassender Serviceteil mit allen relevanten Formularen und Ansuchen zum Downloaden, Wissenswertes rund um Straßenbau in Wien etc. angeboten werden.

Finanzen

Im Verwaltungsjahr 2003 wurden eine Vielzahl von Projekten für die 23 Bezirke, die Stadt Wien und die ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft) realisiert. Hierfür wurden in Bau und Erhaltung des Wiener Straßennetzes insgesamt 145,57 Mio. EUR investiert, davon entfallen auf Bau und Instandsetzungen von und an Autobahnen 32,36 Mio. EUR, Hauptstraßen B 68,65 Mio. EUR und 1,83 Mio. EUR auf Radwege (ausgenommen Radwege an Hauptstraßen B). Ins Bezirksstraßennetz wurden 44,20 Mio. EUR investiert.

Die Ausgaben für Personal- und Sachaufwand haben sich plangemäß entwickelt. An Personalkosten wurden 2003 14,75 Mio. EUR aufgewendet.

Zahlen und Fakten 2003

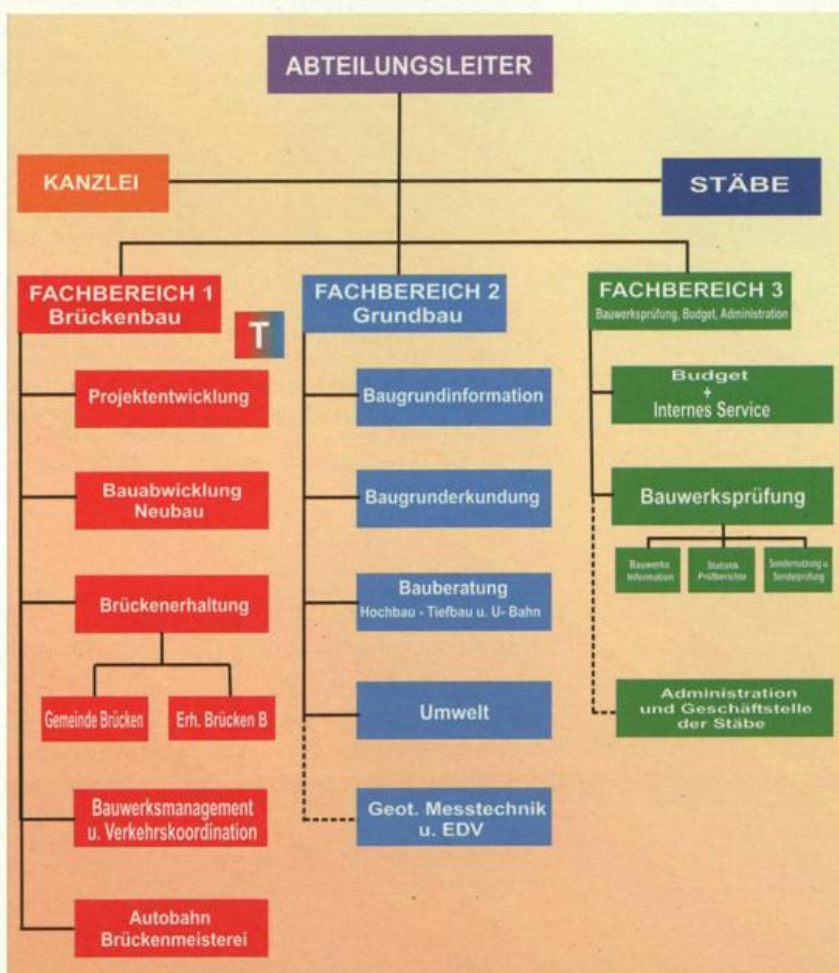
Die MA 28 verwaltete und erhielt im Jahr 2003 39,5 km² öffentliche Straßen, davon entfielen auf Gemeindestraßen 2.740 km Länge, wovon 430 km Hauptstraßen A, 217 km Hauptstraßen B und 2.093 km Bezirksnebenstraßen und zusätzlich 51 km Autobahnen und Schnellstraßen waren. Für Versorgungs- und Entsorgungsleitungen wurden an Einbautendienststellen bzw. Einbautenträger und an private Bauwerber zusammen 10.826 Bewilligungen für Aufgrabungen gemäß der Kundmachung des Wiener Magistrats erteilt.

Brückenbau und Grundbau (MA 29)

Im Berichtsjahr wurden in der MA 29 im Rahmen der Verfolgung des „New Public Managements“ nachfolgende Schwerpunkte gesetzt:

Neue Abteilungsstruktur der MA 29

Die MA 29 hat seit Beginn 2003 eine neue Abteilungsstruktur. Die neue Aufteilung sieht drei Fachbereiche, den Kanzleibereich sowie Stäbe für Sonderaufgaben vor. (siehe nachfolgendes Organigramm)



Der **Fachbereich 1 – Brückenbau** umfasst die Teilbereiche Projektentwicklung, Bauabwicklung Neubau sowie die Brückenerhaltung, die wiederum in die Teilbereiche Gemeindebrücken und Erhaltung Brücken B untergliedert ist. Somit ist auch der Verlängerung, die im Jahr 2002 erfolgte, Rechnung getragen worden. Neu dazugekommen ist der Bereich Bauwerksmanagement und Verkehrskoordination, der wichtige koordinierende Funktionen mit externen Dienststellen und Institutionen herstellt. Ebenso ist in diesem Bereich die Brückenmeisterei Kaisermühlen integriert.

Stadtentwicklung und Verkehr

Beim **Fachbereich 2 – Grundbau** sind neben der Baugrundinformation, Baugrunderkundung und der Bauberatung Hochbau – Tiefbau und U-Bahnbau der Bereich Umwelt zu nennen, der auch als Schnittstelle zu anderen Projekten der Stadt Wien wie ÖkoKauf oder RUMBA fungiert. Diesem Bereich ist auch die geotechnische Messtechnik und EDV zugeordnet.

Der **Fachbereich 3 – Bauwerksprüfung, Budget und Administration** umfasst zwei Bereiche: Die Bauwerksprüfung untergliedert sich in die Bauwerksinformation, die Statistik – Prüfberichte und die Sondernutzung und Sonderprüfung. Als zweiter Bereich sind im Budget und Internen Service wichtige Managementfunktionen wahrzunehmen. Ebenso ist hier die Administration und die Geschäftsstelle der Stäbe beheimatet. In diesem Bereich wird auch die Öffentlichkeitsarbeit in Stabsstellenfunktion ausgeführt.

Neu wurde auch das Tunnelkompetenzzentrum in der MA 29 geschaffen. Die Abteilung besitzt einerseits jahrzehntelange grundbäutechnische Erfahrungen im Tunnel- und Stollenbau, andererseits in der Abwicklung von diversen Großbauprojekten im Brückenbau. Für zukünftige Großprojekte in Wien war es naheliegend, den Erfahrungsschatz der Fachbereiche Brückenbau und Grundbau zusammenzuführen. Dieses Team kommt bereits beim Projekt „WSKE BA02+BA03“ (Wiental-Sammelkanal-Entlastungskanal/Bauabschnitt) zum Einsatz und arbeitet in enger Kooperation mit dem Bauherren MA 30 – Wienkanal.

Kontraktmanagement

Die MA 29 stellte bei der Kontrakterstellung 2003 auf das nunmehr seitens der MD-OC zur Verfügung gestellte System „SAS“ um. Dabei war insbesondere eine Abgleichung der internen Produkte, Leistungen und Vorhaben an den magistratsweiten Produkt- und Leistungsgruppen-

katalog erforderlich. In diesem Zusammenhang wurden Indikatoren und Kennzahlen überarbeitet sowie ein zukunftsorientiertes internes Berichtswesen entwickelt und angewandt.

Qualitätsmanagement nach ISO 9001

Im Jahr 2003 wurde das seit 1999 bestehende Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001:2000 weiter entwickelt und verbessert. Seitens der Zertifizierungsgesellschaft ÖQS wurde die MA 29 zu den erfolgreichsten Anwendern und Betreibern der international meist anerkannten und angewendeten Managementnorm gelobt.

Brückenbau – Schwerpunkte 2003

Die MA 29 war im Berichtsjahr stets bestrebt, ihre Aufgaben nach den Kriterien der Kundenorientiertheit und Effizienz zu erledigen. Die Schwerpunkte des Baugeschehens im abgelaufenen Jahr waren die Neuerrichtung (Erdberger Steg, Penzinger Steg, Liesingsteg) sowie Komfortverbesserung (Preindlsteg) von Fußgängerstegen, Instandsetzungsarbeiten an Brückenbauwerken der Stadt Wien inklusive Hauptstraßen B (Reichsbrücke, Kleine Marxerbrücke, Ohmann'sche Wienflussverbauung, Stützmauer Khevenhüllerstraße) und im Autobahnnetz der ASFINAG (Verbreiterung A 23) sowie eine Vielzahl kleinerer, aber für die Sicherheit und Dauerhaftigkeit der Objekte wichtige Maßnahmen.

Mit dem neuen Erdberger Steg wurde eine wesentliche Rad- und Fußwegverbindung über den Donaukanal zwischen dem 2. und 3. Bezirk geschaffen. Der annähernd 90 m messende Steg stellt eine seit langem gewünschte zusätzliche Querung des Donaukanals zwischen Rotundenbrücke und Stadionbrücke her. Damit ist die Bevölkerung des 3. Bezirks auf kurzem Weg an das Naherholungsgebiet Prater angebunden. Auffallend viele positive Reaktionen aus der Bevölkerung erreichten dazu die MA 29.

Der neue Penzinger Steg verbindet den 13. Bezirk im Bereich Hietzinger Kai/U4-Station Braunschweigasse mit dem 14. Bezirk Hadikgasse/Jenuhgasse. Im Zuge der Umbauarbeiten (Lifteinbau) bei der U4-Station Braunschweigasse durch die Wiener Linien konnte dieser Steg realisiert werden. Diese Verbindung zur U-Bahn ist behindertengerecht ausgeführt, d. h. das Übersetzen mit Rollstuhl oder Kinderwagen ist über Rampen möglich. Beim Preindlsteg wurde ebenso der Nahbereich der U4-Station Ober St. Veit behindertenfreundlich ausgebaut. Der Liesingsteg über die Liesing verbindet den Wohnpark Alt Erlaa – Bereich Wohnparkstraße mit dem Bezirksentwicklungsgebiet Kirchfeldgasse nördlich der Liesing. Die anlagemäßig und historisch sensiblen Stützmauern Khevenhüllerstraße im 18. Bezirk und Stützmauer Kirche St. Laurenz im 11. Bezirk wurden teilerneuert.

Mit der Instandsetzung der Reichsbrücke wurde begonnen. In diesem Zusammenhang erfolgt auch ein umfangreicher Umbau des Wegenetzes unter dem Aspekt von Kapazität und behinderten-



Am 31. Oktober wurde der neue Erdberger Steg eröffnet.

freundlicher Nutzung sowie die Erneuerung der Brückenausrüstung.

Die Instandsetzung der künstlerischen Bauwerke der **Ohmann'schen Wienflussverbauung im Stadtpark**, wie Stützmauern, Stiegenanlagen, Eingangsportale, Pavillons etc., dient dem Erhalt eines wichtigen Bauwerkes der Jugendstilzeit im innerstädtischen Bereich und wird noch bis voraussichtlich Mitte 2004 dauern. Die Kleine Marxer Brücke wird einer Gesamtinstandsetzung unterzogen, wobei auch die Radfahrverbindung zwischen dem 1. und 3. Bezirk verbessert wird.

Im Bereich des Autobahnnetzes wurde mit Hilfe des Flyover die Auswechslung von vier Fahrbahndeckfugenkonstruktionen durchgeführt, dieses Programm soll 2004 abgeschlossen werden. Mit der Verbreiterung der A 23 im Bereich St. Marx wurde begonnen. In diesem Zusammenhang erfolgte als Vorleistung eine innovative Verstärkung der Tragwerke der Hauptfahrbahn mit Kohlefaserlamellen. Die Kurierbrücke bei der Wiener Südeinfahrt wurde komplett instandgesetzt und sicherheitstechnisch optimiert. Eine Vielzahl von Projektierungen im hochrangigen Straßennetz wurde begonnen, wie unter anderem europaweite Planungsausschreibungen, die Verlängerung der Nordbrücke sowie die Erneuerung von Randstreifen und die Errichtung von umfangreichen Lärmschutzanlagen an der A 23 in Simmering und bei der A 22 im Knoten Nord.

Grundbau – Schwerpunkte 2003

Die Erstellung der Web-Applikation **Baugrundkataster** wurde weitgehend vollendet. Nach einer Testphase innerhalb der MA 29 wird sie 2004 für den Parteienverkehr eingesetzt und wird das Kundenservice deutlich verbessern. Ein Programm zur elektronischen Aktenanlage wurde eingeführt. Es trägt maßgeblich zur Nachvollziehbarkeit und Strukturierung der sehr unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche bei. Der Datenbestand des Baugrundkatasters wurde durch Neueingaben sowohl in analoger als auch in digitaler Form weiter ausgebaut.

In der Landesgeologie wurde die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit anderen geologischen Institutionen weitergeführt (z. B. im Österreichischer Rohstoffplan, Mitarbeit bei der Erstellung von Themenkarten). Die Kooperation mit der Stadtarchäologie wird ausgebaut. In der geologischen Bauberatung wird vor allem auf die Tätigkeit im Auftrag der Wiener Linien (U1- und U2-Verlängerung), sowie für die Dienststellen der Stadt Wien hingewiesen.

Im Jahr 2003 wurden von der **Gruppe Baugrund-aufschluss** unter großem Termindruck die Probebohrungen für das Schlüsselprojekt „WSKE BA 02+03“ ausgeführt. Durch die zeitgerechte Fertigstellung dieser Arbeiten konnte sichergestellt werden, dass der den Hauptauftrag auschreibenden Dienststelle geeignete Arbeitsunterlagen über die Beschaffenheit des Baugrundes vorlagen. Weiters wurden für 23 Bauvorhaben Baugrunduntersuchungen ausgeführt.

Die Beratungstätigkeit der **Gruppe Bauberatung** erstreckte sich im Jahr 2003 auf die vier Baustellen der U1-Verlängerung nach Kagran und die fünf Baustellen der U2-Verlängerung nach Aspern bzw. Erdberg. Dazu kamen Bauberatungen der MA 30 für das Entlastungsbauwerk WSKE mit sechs großen Baubereichen sowie Beratungen der Magistratsabteilungen 31 und 28 bei diversen größeren Planungs- bzw. Bauvorhaben (Wasser-aufbereitungsanlage Kleehäufel, Wasserbehälter Jubiläumswarte, Abfahrt Simmering). Außerdem wurden im Jahr 2003 die Umweltverträglichkeitsprüfungen für die Detailgenehmigungen der U Bahn Bauabschnitte U2/1 bis U2/5 und für die UVP für die Müllverbrennungsanlage Pfaffenzell seitens der Amtssachverständigen Grundbau in extrem kurzer Zeit positiv abgewickelt.

In der **Gruppe Umwelttechnik** erfolgte die Mitarbeit bei mehreren Stadt Wien Projekten wie etwa KLiP, RUMBA oder etwa ÖkoKauf. Hervorzuheben ist die Prämierung des Verbesserungsvorschlages zur Wiederverwendung von Aushubmaterial bei einer benachbarten Baustelle. Dieser Vorschlag sparte Deponie- und Transportkosten und reduzierte die Umweltbelastungen durch Vermeidung von Lärm und Staub.

Öffentliche Beleuchtung (MA 33)

Die MA 33 ist mit der Planung, Errichtung, Betriebsführung und Instandhaltung der öffentlichen Beleuchtung, der öffentlichen Uhren und der Anstrahlungsanlagen betraut. Daneben wird die Störungsbehebung am mechanischen und starkstromtechnischen Teil der Verkehrslichtsignalanlagen sowie an innenbeleuchteten Verkehrszeichen und Wegweisern gemäß Übereinkommen mit der MA 46 durchgeführt. Für Forschung & Entwicklung sowie Qualitätskontrolle wird ein eigener elektro- und lichttechnischer Versuchsraum betrieben.

Öffentliche Beleuchtung

Statistische Angaben

Mit Jahresende 2003 waren in Wien 150.871 Leuchten mit insgesamt 243.871 Lampen installiert. Es gibt 62.421 Lichtmaste und 14.588 Spannarme. Gesteuert wurde die öffentliche Beleuchtung von 3.533 Schaltgerüsten in 3.081 Schaltböcken. Die Wirkleistung der öffentlichen Beleuchtung (Anschlusswert) belief sich Ende 2003 auf 15.055 Kilowatt. Die Brenndauer lag bei 4.281 Stunden, wobei ein Teil der Leuchten ab Mitternacht mit reduzierter Leistung geschaltet wird. Daraus ergab sich ein Stromverbrauch von insgesamt rund 56.000 Megawattstunden. Durch laufende Umrüstung der Beleuchtungskörper auf energiesparende Lampentypen und Einsatz neuer Technologien konnte der elektrische Anschlusswert in den letzten 30 Jahren nahezu konstant gehalten und gleichzeitig die Lichtmenge um 150 Prozent gesteigert werden.

Baumanagement

Aus der Vielzahl der im Berichtsjahr durchgeführten Arbeiten werden nur einzelne Projekte angeführt, die sich durch wirtschaftliche oder technische Besonderheiten bzw. ein hohes Bürger/innen-Interesse auszeichnen:

- **1. Bezirk:** Ein wesentlicher Teil der Neugestaltung des Schwarzenbergplatzes (Bauzeit Oktober 2002 bis Mai 2004) nach einem Projekt des spanischen Architekten Alfredo Arribas war die klare Strukturierung des Platzes durch das Beleuchtungskonzept. Durch geschickte lichttechnische Projektierung der MA 33 konnte, unter Beibehaltung der Vorgaben des Architekten (Maststandorte), der Platz auch in der Nacht attraktiv und sicher gestaltet werden. Durch den Einsatz von derzeit in Europa einzigartigen Leuchtmitteln konnte eine Erhöhung des Beleuchtungsniveaus erreicht werden, und somit im Sinne von Gender Mainstreaming dunkle Bereiche vermieden werden. In der Mittelzone wurden die Maste der Wiener Linien mit Auslegerh und Leuchten nach einem Entwurf des Architekten bestückt. Im Bereich des Hochstrahlbrunnens und der Gehwege wurden kleinere Lichtständer errichtet, um auch für die Fußgeher das Sicherheitsgefühl in der Nacht zu erhöhen.
- **2. Bezirk:** In sämtlichen Abschnitten des U2-Ausbau (Schottenring, Taborstraße, Praterstern, Ausstellungsstraße, Trabrennstraße, Stadion) wurden umfangreiche Vorarbeiten durchgeführt und provisorische Beleuchtungsanlagen nach einer von der MA 33 entwickelten Idee errichtet. Durch Einsatz dieser neuen Technik ist eine kostengünstige Errichtung des Provisoriums mit einfachster Handhabung gegeben sowie eine Wiederverwertung der Bestandteile des Provisoriums möglich. Weiters wurde auf Grund von Umbauarbeiten der MA 28 die Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung in der Engerthstraße erforderlich und eine Kettenverspannungsanlage installiert.
- **6. Bezirk:** Im Vorfeld des Projekts „Gender Mainstreaming – Pilotbezirk Mariahilf“ wurde beim Hubert-Marischka-Park durch Errichtung dreier zusätzlicher Lichtstellen die Beleuchtung im Gehsteigbereich wesentlich verbessert. Ebenso konnten mehrere Kreuzungsleuchten verstärkt werden, um damit die Sicherheit für Verkehrsteilnehmer/innen zu erhöhen.
- **11. Bezirk:** Im Zuge der Neugestaltung des Hans-Paulas-Parks durch die MA 42 wurde von der MA 33 eine neue Beleuchtungsanlage mit Leuchten der Type Meteora-klein errichtet. Durch den Ausbau der S7 wurde entlang der Strecke Am Kanal eine Fußwegbeleuchtung mit 92 Stück der gleichen Type errichtet. Dadurch konnte speziell dieser Bereich auch in der Nacht für Fußgeher attraktiv und sicher gemacht werden.
- **12. Bezirk:** Die Beleuchtungsanlage im Haydnpark wurde komplett saniert und mit Kugelleuchten neuester Spiegeloptik und Lichttechnik versehen, sodass nun auch bei Kugelleuchten höchste Umweltkriterien (z. B. Vermeidung von Streulicht, gelenktes Licht) erfüllt werden.
- **20. Bezirk:** Nach umfangreichen Planungs- und Projektierungsarbeiten für den Umbau des Wallensteinplatzes konnte 2003 mit dem Bau begonnen werden. Vorgabe für die Beleuchtung war, unauffällig, robust und äußerst gleichmäßig den Platz zu erleuchten, da hier die unterschiedlichsten Verkehrsteilnehmer zusammentreffen und besondere Sicherheit gewährleistet sein muss. Insbesondere die spezielle Mastform der Multifunktionsmaste, die vom Architektenteam Schwarz & Schwarz vorgegeben war, und die auch von innen ausgeleuchtet werden sollte, stellte für die MA 33 eine Herausforderung dar. In den Gestaltungselementen der Sitzbänke des Platzes wird seitens der MA 33 eine Effektbeleuchtung realisiert, die besonders vandalensicher ausgeführt sein muss. Die Fertigstellung des Projektes ist für 2004 vorgesehen.
- **22. Bezirk:** Durch die Oberflächen-Neugestaltung der Arbeiterstrandbadstraße (von Wagramer Straße bis Donauturmstraße) durch die MA 28 war es erforderlich, die bestehende Beleuchtung zu entfernen und eine neue Straßenbeleuchtungsanlage zu installieren. Unter Berücksichtigung der neuen Parkplatzanordnung entlang der Straße und unter Beachtung der Wichtigkeit des Erholungsgebietes Donaupark für alle Personengruppen und Alterskategorien (insbesondere Kinder) galt es, diesen Straßenbereich sicher auszuleuchten. Es war dem Faktum eines temporär starken gemischten Verkehrs Rechnung zu tragen.
- **23. Bezirk:** Um den Ölzelt-Park auch in der Nacht sicher zu gestalten, wurde auf Wunsch des Bezirks der bisher unbeleuchtete Park mit einer Anlage aus Kandelabern mit Leuchten der Type Altstadt ausgestattet.

Objektverwaltung

Es wurden im Jahr 2003 insgesamt 22.600 Störungen, davon 15.520 an Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und 7.080 an Verkehrslichtsignalanlagen, innenbeleuchteten Verkehrszeichen und Wegweisern (MA 46-Anlagen) registriert. Die Behebung dieser Störungen und Schäden sowie routinemäßige Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten an den Anlagen erfolgen durch abteilungs eigenes Fachpersonal und teilweise durch Kontrahenten unter Aufsicht der MA 33. Insgesamt wurden für diese Zwecke mit den Fahrzeugen des MA 33-Fuhrparks rund 586.000 km auf Wiens Straßen zurückgelegt.

Elektro- und lichttechnischer Versuchsraum

Lichtmessungen

Im Jahr 2003 wurden insgesamt 55 Lichtmessungen durchgeführt. 33 davon entfielen auf Messungen für eigene Anlagen der MA 33 v.a. bei der Planung und beim Test einzelner Beleuchtungsprojekte (z. B. Schwarzenbergplatz, Wallensteinplatz). Bei den anderen 22 Messungen wurden von den Experten der MA 33 Gutachten als Amtssachverständige erstellt. Es handelt sich

dabei meist um Anrainerbeschwerden über Licht-
einwirkungen durch private Beleuchtungsanlagen.

Forschung & Entwicklung

Um Zusammenhänge zwischen Fauna und Flora und der Lichtfarbe der nächtlichen Beleuchtung zu untersuchen, wurde ein Forschungsprojekt mit der MA 22 und der Wiener Umwelthanwaltschaft initiiert. Weiters fanden Vorbereitungen für eine Untersuchung über die Beeinflussung der Verkehrsteilnehmer/innen und der Umwelt durch die blau beleuchteten Mautstellen gemeinsam mit der ASFINAG und der Wiener Umwelthanwaltschaft statt. In Zusammenarbeit mit der MA 46 wurden Untersuchungen zur Wirkung bzw. Anpassung von LED-Lichtsignalen im Bereich Helligkeit und Farbtemperatur durchgeführt. Auch gab es Untersuchungen zur Reduzierung des Streulichtes und der Lichtverschmutzung über Wien mit dem Institut für Astronomie der Universität Wien sowie über den Einsatz einer neuen Lichtfarbe für Leuchtstofflampen. Weiters wurde zur Entwicklung neuer Leuchten mit externen Firmen kooperiert und es wurden Studien über die Energieeinsparung durch Einführung der Kompensation in der öffentlichen Beleuchtung angestellt. Im Zuge der Führung des Arbeitskreises „Öffentliche Beleuchtung für Österreich“ durch die MA 33 wurde ein bereits als Regel der Technik anerkannter „LICHT-Ordner“ publiziert, in dem Fragen des Umweltschutzes, der Sicherheit, der Wirtschaftlichkeit, der Rechtslage etc. im Zusammenhang mit Außenbeleuchtungsanlagen erklärt werden.

Anlagen- und Materialprüfung

Ein wesentlicher Teil der Qualitätssicherung der MA 33 ist die Anlagenprüfung. Ziel ist es, die Betriebssicherheit der bestehenden Anlagen mindestens in einem 5-Jahres-Zyklus zu überprüfen. Im Jahr 2003 wurden durch die Anlagenprüfgruppe der MA 33 433 Anlagen einer entsprechenden Überprüfung unterzogen. Durch ein europaweit patentiertes, störungsfreies Messsystem konnten weiters 388 Maste der öffentlichen Beleuchtung im Hinblick auf ihre Standsicherheit und Haltbarkeit untersucht werden. Auch wurden durch die Prüfgruppe 30 Kabelfehler- bzw. Kabelortungsmessungen (zerstörungsfrei) durchgeführt. Dadurch konnten wesentlich Kosten für Aufgrabungen gespart und damit verbundene Verkehrsbehinderungen vermieden werden.

Im elektro- und lichttechnischen Versuchsraum der MA 33 wurden 2003 insgesamt 87 Materialprüfungen vorgenommen, sowohl für eigene Zwecke, als auch für andere Magistratsdienststellen (MA 54, MA 34, MA 46 u. a.). Dabei wurden 35 Lampen-Lieferungen stichprobenartig überprüft. Es wurden keine größeren Mängel festgestellt. Ebenso wurden 52 Leuchten (Musterstücke oder Proben aus Serienlieferungen) überprüft. Auch hier war die Qualität durchwegs zufriedenstellend.

Anstrahlungen

Baumanagement

Im Berichtsjahr wurden Vorbereitungsarbeiten für Großprojekte wie das Gebäude der Liesinger Bezirksvorstehung, die Kirche am Kardinal-Rauscher-Platz und die Kirche Maria vom Siege, die alle mit Fluterbeleuchtungen ausgestattet werden sollen, durchgeführt. Für das Projekt „Effektbeleuchtung Wiedner Hauptstraße“ (Lichtband) wurden die umfangreichen Vorarbeiten (Marktanalyse, Weiterentwicklung der Beleuchtungstechnologien und Konstruktionsentwicklung etc.) fortgesetzt.

Im Zuge der Generalsanierung Reichsbrücke wurde eine neue Gehwegbeleuchtung konzipiert, die nach ökonomischen und ökologischen Vorgaben durch Lichtberechnungen definiert und im Zuge einer Probebeleuchtung zu einem baureifen Projekt gestaltet wurde, dem auch der Architekt zustimmen konnte. Insbesondere galt es, den gemischten Verkehr (Radfahrer und Fußgänger) sicher zu geleiten und den ökologischen Lebensraum „Donauinsel“ nicht wesentlich zu beeinträchtigen.

Für die Schiffahrtssignalisierung auf den Donaubrücken wurde der Probetrieb mit LED-Lichtsignalen erfolgreich durchgeführt und im Zuge der Wartungsarbeiten alle Signale definitiv umgebaut. Durch Einsatz dieser Technik konnte zum einen die Lebensdauer, aber zum anderen auch die Sichtbarkeit der Signale weit angehoben werden, wodurch wieder ein wesentlicher Beitrag zur Sicherheit geleistet wurde.

Auch 2003 wurde in der Weihnachtszeit am Haus der Stadtgardendirektion wieder eine neue Anstrahlung mit farbigem Licht installiert. Die Anlage wurde dieses Mal unter dem Motto „Winterzauber“ geplant, wobei der Effekt von Ver-



Foto: MA 33

Die neue Effektbeleuchtung des Burgtheaters wird durch computergesteuerte Scheinwerfer ermöglicht.

Stadtentwicklung und Verkehr

eisungen mit gemischten Lichtfarben und speziellen Lichterketten entstehen sollte.

In Zusammenarbeit mit der Bundestheaterverwaltung wurde das **Burgtheater** mit einer neuen, in Österreich einzigartigen, fernsteuerbaren Farblichtanstrahlung versehen. Das Burgtheater kann nun anlässlich von Premieren entsprechend färbig angestrahlt werden. International errang diese Projekt großes positives Ansehen.

Objektverwaltung

Insgesamt werden derzeit 192 Objekte (Brücken, Baudenkmäler, Brunnen u. ä.) von der MA 33 direkt betreut, wobei hier regelmäßig Instandhaltungsarbeiten vorgenommen werden (z.B. optimale Einstellung der Anlagen, Behebung von Lampenausfällen).

Öffentliche Uhren

Im Jahr 2003 wurden von der MA 33 76 Würfeluhren, 111 Kirchen- und Gebäudeuhren und 11 diverse Uhren (Kunstwerke, Springzifferuhren etc.) betreut. Auch konnte eine Kirchturmuhre nach der Turmrenovierung erfolgreich in die Verwaltung der MA 33 übernommen werden (Pfarre Inzersdorf). An 41 der verwalteten Uhren waren Instandhaltungsmaßnahmen durchzuführen (z. B. Erneuerung des Uhrwerks, Tausch des Mikroprozessors). Weiters waren 162 Störungen zu beheben, wobei es sich in der überwiegenden Mehrheit nur um Minutenfehler oder Lichtausfälle handelte.

Sämtliche Uhren der MA 33 sind ferngesteuert, wobei die meisten über den Zeitzeichensender DCF 77 der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig synchronisiert werden. Derzeit erfolgt eine Umrüstung auf GPS-Antennen, da die Störfelder der Handysender in vielen Bereichen (z. B. in Kirchtürmen) den Empfang stark schwächen. Die Umstellung der Uhren auf Sommerzeit am 30. März 2003 und die Rückstellung auf Normalzeit am 26. Oktober 2003 wurde automatisch durchgeführt.

Stadtvermessung (MA 41)

Die MA 41 versteht sich als interne Dienstleisterin für alle vermessungstechnischen und kartographischen Aufgaben, die innerhalb der Stadtverwaltung anfallen, hauptsächlich in den Bereichen Planung, Bauausführung und allgemeine Verwaltung. Andere städtische Einrichtungen, wie die Fonds oder Betriebe der Wiener Stadtwerke, werden vermessungstechnisch bei der Durchführung ihrer Vorhaben betreut oder unterstützt.

Große Bedeutung kamen der Umsetzung des im Rahmen des „**New Public Management**“ (NPM) für das Jahr 2003 erstmals erstellten Leistungskontraktes und der weiterführenden Kontrakterstellung für das Jahr 2004 zu. Die Zeit- und Leistungserfassung, welche in Verfolgung der NPM-Ziele des Magistrats im Jahr 2003 eingeführt worden ist, trägt zur Verfeinerung der Definition der Kontraktziele und Darstellung der Produkte bei.

Schwerpunkte der Arbeit bildeten Vermessungen für städtische Bauvorhaben, vor allem für U-Bahn- und Straßenbau, für das städtische Liegenschaftsmanagement sowie die Evidenzhaltung und Weiterentwicklung der digitalen Stadtkarte. Bei **städtischen Bauvorhaben** waren die U-Bahn Baulose vorrangig. Während der laufenden Bauarbeiten bei der U1 waren aus Sicherheitsgründen zum Teil tägliche Setzungs- und Kontrollmessungen nötig, wobei besonders das Objekt 21., Bubergasse aufwändige Betreuung erforderte. Im Zuge der Vorarbeiten für die U2 wurden weitere 300 Messpunkte geschaffen, eingemessen und planlich festgehalten. Durch die im 2. Bezirk erforderliche Grundwasserabsenkung waren großflächige Messungen an 1.500 Punkten nötig, sowohl als Nullmessung vor Einleitung von Maßnahmen als auch Kontrollmessungen während der Pumpversuche. Von der Baustellengruppe wurden noch weitere Aus- bzw. Umbauarbeiten (Wipplinger Straße, Arbeiterstrandbadstraße, Wallensteinplatz, Schwarzenbergplatz, B 3 – Donaustraße, Bitterlichstraße, Schüttelstraße und Brunner Straße für die MA 28, sowie der Erdberger Steg und die Verbreiterung der A 23 – St. Marx für die MA 29) vermessungstechnisch betreut.

Im Tätigkeitsfeld **Bauvorbereitung** wurden 89 Projektgrundlagen erstellt, wozu u. a. die Arbeiten an der A 23 – Sanierung von Absbergtunnel – Neilreichgasse, dem Schönbrunner Vorplatz, der B 225 Bitterlichstraße – Weichseltalweg, Stadterweiterungsgebieten im 21. und 22. Bezirk, der S 2-Tieflegung zwischen Breitenleer Straße und Rautenweg, der A 22 – Zubringer Floridsdorfer Hochstraße, der Neulage B 14 – Freudenufer Hafenstraße für den Straßenbau und die Kanalprojekte in 22., Körberstraße und Stadterweiterung St. Marx erwähnenswert sind. Für 42 Vorhaben wurde bei der Baupolizei die Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen erwirkt.

Der für alle Bauvorhaben wesentliche Höhenbezug wird durch das städtische **Höhenfestpunktfeld** gewährleistet. Der als Service vorgesehene Internetzugriff wurde vorbereitet, konnte jedoch EDV-mäßig noch nicht umgesetzt werden. Im Zuge der Wartung der Festpunkte wurden 200 km Höhenzüge überarbeitet.

Im Berichtszeitraum 2003 wurden vom Dezernat **Liegenschaftsgeodäsie** rund 95 Aufträge im Gesamtwert von 370.000 EUR an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen vergeben. Diese Aufträge umfassten u. a. Teilungspläne für die Grundfreimachung zum Ausbau der Brunner Straße im 23. Bezirk, Baureifgestaltungen städtischer Liegenschaften als Vorbereitung geplanter Veräußerungen, aber auch Vermessungen zur Sicherung der Grenzen des Gütenbaches oder Pläne der Anbauflächen des Stadtgutes Laxenburg der MA 49.

Im Bereich der Gasometer wurde die **Bezirksgrenze** zwischen dem 3. und 11. Bezirk durch das Landesgesetz Nr. 14 vom 28. Februar 2003 **geändert**, wobei eine Anpassung des Verlaufs an ausgebauten Straßen erfolgte, was durch planliche

Darstellung dokumentiert wurde und in Folge durch Grundteilungen rechtlich nachvollzogen wird. Weiters konnte die koordinative Festlegung der Nationalparkgrenze Lobau bis auf kleine Restarbeiten fertig gestellt werden.

Vom Eigenpersonal des Dezernats Liegenschaftsgeodäsie wurden im Jahr 2003 36 Lagepläne erstellt, welche zur Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen und als Dokumentation von Grenzfeststellungen dienen. In 27 Fällen wurden Teilungspläne zur Herstellung der Grundbuchordnung verfasst. Auf Ersuchen der MA 64 wurden 13 Entschädigungspläne geschaffen, welche die Grundlage für finanzielle Abgeltung an private Grundeigentümer für seinerzeit zu viel abgetretenen Straßengrund bilden.

Im Zuge der Durchführung städtischer Teilungsverfahren waren von den Mitarbeiter/innen des Dezernats 115 Bescheide zur Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen zu beantragen, in 148 Fällen wurden Abteilungsansuchen an die MA 64 gestellt und in 260 Geschäftsfällen wurden Einreichungen in Vermessungsämtern vorgenommen. Dadurch konnten für etwa 90 Fälle alle erforderlichen Unterlagen für die grundbücherliche Durchführung von Teilungsplänen erlangt werden.

In 40 Fällen wurden seitens der MA 41 als Vertreterin der Grundeigentümerin Stadt Wien Vollmachten an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen zur Erwirkung von grundstücksbezogenen, baubehördlichen Bescheiden erteilt.

Die im Jahr 2002 begonnene Weiterentwicklung der **Digitalen Stadtkarte** zu einem 3 D-Planungsinstrument wurde konsequent ausgebaut. Es wird damit der bedeutenden Rolle, die der dritten Dimension in allen Planungsprozessen zukommt, Rechnung getragen, besonders auch dem gesteigerten Bedürfnis, die Öffentlichkeit über Projekte der Stadtentwicklung realistisch zu informieren. Das 3 D-Stadtmodell ermöglicht beispielsweise die Visualisierung von projektierten Gebäuden inmitten der bereits vorhandenen Umgebungssituation. Die dafür notwendigen Grundlagen, wie ein genaues digitales Modell der Geländeoberfläche, die exakten Grundrissflächen der Gebäude und die nach der Nutzung unterschiedene Flächendarstellung des Stadtgebietes werden dabei aus den bereits flächendeckenden und aktuell vorhandenen Daten der Wiener Mehrzweckkarte abgeleitet. Die von der MA 41 mittels Luftbildauswertung zusätzlich erfassten Gebäudehöhen ermöglichen die Generierung eines sehr genauen 3 D-Baukörpermodells. Dieses Modell stellt die erste Detaillierungsstufe des 3 D-Stadtmodells dar und wurde für das dicht verbaute Stadtgebiet von Wien bereits flächendeckend erfasst. Bis Ende 2004 wird die gesamte Stadtfläche verfügbar sein. Parallel dazu erfolgte projektbezogen eine Erfassung und Modellierung der Dachlandschaft aus Luftbildern – die zweite Detaillierungsstufe des 3 D-Stadtmodells. Eine flächige Erfassung der Dächer liegt bereits für das Gebiet des Weltkulturerbes „Innere Stadt“ vor.

Eine sehr realitätsnahe Abbildung von einzelnen Bereichen der Stadt wird im Anlassfall durch Aufbringung der Fassadentexturen erzielt. Nach Durchführung von Studien durch die TU Wien und Tests ist für die MA 34 im Vergabeweg die Erfassung der Rathausfassade mittels Laser-scannung vorgenommen worden.

Zur Aktualisierung der **Digitalen Mehrzweckstadtkarte** wurden mittels Luftbildauswertungen in 566 Blättern 1:1000 die aus Bildflügen ersichtlichen Veränderungen festgestellt und Gebäudehöhen für das 3 D-Stadtmodell in 506 Blättern 1:1000 erfasst. Zugleich wurden eingetretene Veränderungen im Straßenbereich durch terrestrische Vermessungen in 611 Blättern 1:1000 bearbeitet. Dies hat insgesamt zu einer weiteren Verbesserung geführt. Auch der Aktualitätsstand aller Karten ist jünger als 3,5 Jahre. Die Leistungen wurden mit 45 Mitarbeiter/innen erbracht, wobei ein Anteil von 605.000 EUR auf Externe entfällt. Durch den Verkauf der Mehrzweckkarte wurden 2003 rund 1 Mio. EUR eingenommen, die interne Nutzung innerhalb der Stadt Wien entsprach einem Wert von etwa 3,5 Mio. EUR.

Fachliche Kontakte wurden wieder laufend durch Mitwirkung bei den maßgeblichen nationalen und internationalen Stellen gepflegt. Hervorzuheben ist dabei die Mitarbeit in den entsprechenden Gremien des Städtebundes und der Verbindungsstelle der Bundesländer bei der Neugestaltung der österreichischen Geodatenpolitik. Dem von diesem Gremium ausgearbeiteten Konzept hat die Landeshauptleutekonferenz zugestimmt und den Auftrag erteilt, die dort formulierten Ziele umzusetzen.

Im Österreichischen Normungsinstitut führt die Abteilung den Vorsitz im **Fachnormenausschuss 084 – Vermessung und Geoinformation** und in dessen Arbeitsgruppe 084 – AG 01. Hier war das wesentlichste Arbeitsergebnis die Arbeiten zur ÖNORM A 2261-8 mit dem Arbeitstitel „Objektschlüsselkatalog für den digitalen Austausch von Geodaten – Lokation“.

Die Anzahl der Anforderungen ist mit 2.417 Geschäftsstücken gegenüber dem Vorjahr etwa gleich geblieben. Die MA 41 ist bemüht, einen wesentlichen Anteil der Vermessungsleistungen mit Eigenpersonal unter Zuhilfenahme modernster Verfahren und Geräte zu erledigen. Darüber hinaus wurden Aufträge im Ausmaß von 2,45 Mio. EUR an Auftragnehmer der Stadt Wien vergeben. Einen nicht unwesentlichen Anteil am reibungslosen Ablauf spielte das Archiv, welches ca. 2.000 Aktenbehandlungen, 3.200 lfm Großflächenkopien und 83.000 Datensätze im digitalem Archiv zu behandeln hatte.

Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten (MA 46)

Im Frühjahr des Jahres 2003 wurde die MA 46 unter Zugrundelegung eines Reorganisationskonzeptes grundlegend reformiert. Die Abteilung besteht nunmehr aus der Stabsstelle und acht Gruppen.

Stadtentwicklung und Verkehr

Überregionales

Radverkehr

Den Leitzielen des Masterplan Verkehr folgend, umweltschonende Verkehrsmittel zu fördern und insbesondere auch den Berufs-, Einkaufs- und Ausbildungsverkehr zu berücksichtigen, werden die Belange des Radverkehrs nicht nur bei Straßendetailprojekten berücksichtigt sondern auch eigene Radwegprojekte erstellt bzw. weitergeführt.

Verkehrssicherheit

Im Jahr 2003 waren die Sicherheitsaktionen „Aktiv gegen Unfallschwerpunkte“, „Lichtoffensive“, „Schulwegpläne“, die Forcierung des Erwerbs des Radfahrausweises und die Einleitung der Aktion „fahrradfreundliche Schule“ Schwerpunkte im Bereich Verkehrssicherheit. Wie Studien zeigen, ist Wien die verkehrssicherste Landeshauptstadt Österreichs und die verkehrssicherste Großstadt Kontinentaleuropas.

Bezirksgruppen

Durch die Reorganisation wurden aus den ehemaligen Gruppen Planung, Behörde und den Referaten Verkehrszeichen und Fahrbahnmarkierungen entsprechend der Dezentralisierung (Bezirke Mitte, West, Südost, Südwest, Nord) Bezirksgruppen strukturiert. Die Gebietsgruppen beschäftigen sich mit der Planung, Verordnung und Festlegung definitiver Verkehrsmaßnahmen sowie der periodischen Überprüfung bestehender Verkehrsmaßnahmen. Es werden Verhandlungen über die Entschärfung von Unfallschwerpunkten durchgeführt und Verkehrsmaßnahmen nach Projekten des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues festgelegt. Ebenso erfolgt die Festlegung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) und die Planung sowie Realisierung von kleinflächigen Verkehrsorganisationen in Teilen des Bezirkes. Ein weiterer Aufgabenkomplex besteht in der Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße gemäß § 90 und § 82 StVO 1960 sowie der Festlegung der erforderlichen Verkehrsmaßnahmen.

Gruppe „Verkehrstechnik und Planung“

Diese Gruppe besteht aus den Teams „Überregionale Planung“, „Verkehrstechnik – Projektierung und Bau“, „Verkehrstechnik – Betrieb und Erhaltung“, „Fahrbahnmarkierungen – Qualitätssicherung“, „Verkehrszeichen – Qualitätssicherung“ sowie dem Team „Planentwurf und Archiv“.

Vom Team „Überregionale Planung“ wurden im Jahr 2003 mehr als 10 Projekte des Wiener Parkleitsystems behandelt und die entsprechenden Projekte festgelegt (z. B. Wiener Messe, Stadthalle, Grinzing, IZD). Ein weiterer Schwerpunkt war die Definierung und Finalisierung der Wegweiser für Mautvertriebsstellen. Bei der Verlängerung der U1 und der U2 war die überregionale Planung in die Vorbereitung der Straßendetailprojekte ebenso einbezogen wie in die UVP-Verfahren zur U2-Ver-

längerung und der Müllverbrennungsanlage Pfaffenau.

Bei der S 1 – Wiener Außenring Schnellstraße, der Spange zur A 23 – Südosttangente, der Niveaufreimachung der S 2 – Wiener Nordrand Schnellstraße sowie der Generalsanierung der A 2 – Südautobahn wurden die Interessen des Landes Wien vertreten.

Das Team „Detailprojektierung und Bau“ überprüfte im Berichtsjahr 285 Schaltprogramme oder Verkehrsabläufe und erstellte für den Neu- bzw. Umbau von VLSA entsprechende Detailprojekte. Davon waren 17 Projekte (hauptsächlich Autobuslinie 26A) für die Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs. Sämtliche neue VLSA wurden mit LED (Leuchtdioden)-Signalgebern ausgerüstet. Im Rahmen des Projekts „VEMA – Verkehrsmanagementsystem Wien“ wurden die Arbeiten für die zentrale Verkehrsüberwachung mit Verkehrsfernsehleinrichtungen, die Modernisierung der bestehenden 38 Kamerastandorte sowie die Erweiterung um 17 neue Standorte durchgeführt.

Im Team „Verkehrstechnik, Betrieb und Erhaltung“ wird durch bessere Überwachung und genauere Wartung der Steuergeräte die Betriebs- und Verkehrssicherheit an den 1.170 in Betrieb befindlichen VLSA erhöht. 2003 wurden knapp 88.250 Glühlampen getauscht. Etwa 1.810 Störungen mussten behoben werden. Dazu kamen noch Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an Fernsehbeobachtungsstellen und Einrichtungen der Verkehrsleitzentrale.

Vom Team „Verkehrszeichen – Qualitätssicherung“ wurden bis Ende 2003 insgesamt 125.363 Verkehrszeichen, 1.774 beleuchtete Verkehrszeichen und 602 Verkehrsleuchtsäulen verwaltet, davon 2.067 Verkehrszeichen, 38 beleuchtete Verkehrszeichen und 31 Verkehrsleuchtsäulen neu errichtet. Im Bereich „Absicherung von besonders gefährdeten Fahrbahnbereichen“ wurden 17 Wiener Sicherheitsäulen (überfahrbare Kunststoffkörper) mit Bodenlicht und 42 ohne Bodenlicht neu aufgestellt. Für die Aktion „Sicheres Wien“ wurden 21 Geschwindigkeitsanzeigeanlagen angekauft und den Bezirken zur Verfügung gestellt. Im Zuge der Lkw-Bemautung („Go Box“) wurden 78 Wegweiser zu den in Wien eingerichteten Servicestellen aufgestellt. Für die neue Messe Wien wurden im weiteren Umfeld 65 dynamische und statische Wegweiser errichtet.

Von Mitarbeiter/innen des Teams „Fahrbahnmarkierung – Qualitätssicherung“ wurden auf jenen Straßen, die von der Gemeinde Wien erhalten werden, im Berichtsjahr ca. 193.000 m an Leitlinien, Sperrlinien, Park- und Randlinien sowie 27.300 m² an Schutzwegen, Pfeilen und Sperrflächen markiert. Zum Schutz von Schulkindern wurde 2003 begonnen, Schutzwege im Bereich von Schulen rot zu umranden, um die motorisierten Verkehrsteilnehmer auf diese Gefahrenstellen hinzuweisen.

Gruppe „Sonderaufgaben“

Die Gruppe „Sonderaufgaben“ unterteilt sich in vier Bereiche: „Bewilligungen nach § 82 StVO (Gebrauchserlaubnisse)“, „Sondertransporte und Filme“, „Parkraumbewirtschaftung“ sowie „Strafakte“.

Im Team „Gebrauchserlaubnisse“ werden Nutzungen des öffentlichen Gemeindegutes und des darüber befindlichen Luftraumes nach dem Gebrauchsabgabegesetz 1966 und nach § 82 StVO behandelt. Dabei handelt es sich um die Genehmigung von Werbeanlagen, Sonnenschutzvorrichtungen, Automaten, Warenausräumungen und Aktivitäten im öffentlichen Raum.

Im Team „Sondertransporte und Filme“ wurden mehr als 4.800 Anträge auf Routengenehmigung gemäß KFG bearbeitet. Diese Genehmigungen erforderten Routenerhebungen über fahrtechnische Eignung sowie Ermittlung über Tragfähigkeit von Brücken, Eindeckungen und Straßendecken sowie Einbauten und über der Straße liegenden Leitungen. Bei bundesländerüberschreitenden Transporten ist die Koordinierung der betroffenen Bundesländer erforderlich. Zu den weiteren Aufgaben des Teams zählen Anträge auf Ausnahme von Wochenend- und Nachtfahrverbot sowie Konzessionsansuchen und -prüfungen im Fiakerwesen. Weiters wurden knapp 1.000 Ansuchen für Filmaufnahmen mit den erforderlichen Verkehrsmaßnahmen bearbeitet.

Highlights waren die Großproduktionen „Maria Bonaparte“ und „Bockerer IV“ sowie neue Folgen von „Kommissar Rex“ und „Trautmann“.

Das Team „Parkraumbewirtschaftung“ bearbeitet Anträge von Betrieben und Beschäftigten zwecks Ausnahme von der Einhaltung der höchstzulässigen Parkdauer in den flächendeckend bewirtschafteten Kurzparkzonen der Bezirke 1 bis 9 und 20.

Gruppe „Kraftfahrzeugprüfstelle“

Die Gruppe Kraftfahrzeugprüfstelle ist für die Bereiche Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte zuständig.

Das Referat „Fahrzeuggenehmigungen“ hat 2003 insgesamt 2.791 Anträge um Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Anhängern behandelt. Diese Genehmigungen umfassen in erster Linie Einzelgenehmigungen und Ausnahmegenehmigungen für Übersiedlungsfahrzeuge und für historische Kraftfahrzeuge aber auch Bewilligungen für nicht zum Verkehr zugelassene Anhänger und die Ausstellung von „10 km/h“-Bescheinigungen für einzelne Fahrzeuge und Fahrzeugtypen im Sinne des KFG 1967. Darüber hinaus wurden 2.971 Anzeigen betreffend Änderungen an Kraftfahrzeugen und Anhängern bearbeitet.

Das Referat „Verkehrssicherheit, § 57a, Gefahrgut“ hat 2003 in Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Wien 574 Überprüfungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern an Ort und Stelle

nach §58 KFG 1967 durchgeführt. Es wurden dabei 2.095 in- und ausländische Fahrzeuge überprüft. Bei 1.052 Fahrzeugen wurde von den kraftfahrzeugtechnischen Sachverständigen „Gefahr im Verzug“ festgestellt und von den Organen der Bundespolizeidirektion Wien die Kennzeichen abgenommen. Diese auch heuer wieder intensiv durchgeführten Fahrzeugprüfungen in Zusammenarbeit mit der Verkehrsabteilung erfassen den wirklichen Zustand der Fahrzeuge, d. h. für den Zulassungsbesitzer besteht keine Instandsetzungsmöglichkeit vor der Prüfung wie zum Beispiel vor der jährlichen „Pickerlüberprüfung“. Diese Prüfungen an Ort und Stelle bestätigen das österreichische System der periodischen Begutachtung von Werkstätten, die gleichzeitig auch Reparaturen ausführen. 633 Begutachtungen bzw. wiederkehrender Überprüfungen gemäß §57 a KFG 1967 wurden durchgeführt.

Die Realisierung der technischen Anforderungen von Fahrschulfahrzeugen wurde über Auftrag der MA 65 in 198 Fällen geprüft. 208 Anträge auf die Erlaubnis zum Führen eines Blaulichtes wurden bearbeitet.

Auf dem Gebiet des Transportes gefährlicher Güter auf der Straße wurden insgesamt 400 Anträge behandelt. Dazu gehören Genehmigungen von Kraftfahrzeugen, Anhängern und Tanks zur Beförderung gefährlicher Güter samt den erforderlichen Sachverständigengutachten, Ausnahmebewilligungen, die Überwachung, die Erteilung der Ermächtigung zur Ausbildung von Gefahrgutlenkern und -beauftragten und die Überwachung der Lehrtätigkeit der ermächtigten Ausbildungsstätten.

Stabsstelle

Die Stabsstelle umfasst die Bereiche Budget und Controlling, EDV, Kanzleileitung, Kundencenter, Öffentlichkeitsarbeit und Baustellenkontrolle, Personalstrategie und Verkehrssicherheit.

Die Gruppe „Verkehrssicherheit“ bearbeitet Anträge mit verkehrssicherheitstechnischer Relevanz, überprüft die aufgezeigten Sicherheitsdefizite und erarbeitet bei tatsächlich vorhandenen Mängeln entsprechende Sanierungsvorschläge. Gemäß der Rolle als Amtssachverständige wird die Erfassung, Untersuchung und Analyse von Unfallhäufungsstellen vorgenommen. Die Ausarbeitung von Verkehrssicherheitsgutachten erfolgt dabei im Sinne der örtlichen Unfallforschung auf Basis der Auswertungen der EDV-Systeme „Wiener Unfall-Daten-Bank“ (UDB) und „Wiener Unfall-Analyse-System“ (UAS). Insgesamt wurden 30 Unfallhäufungsstellen detailliert untersucht und Frequenz- und Kollisionstabellen, Vorher-Nachher-Untersuchungen, Reihungen entsprechend einschlägiger Unfallkennzahlen und diverse spezielle Unfallstatistiken erstellt. Diese Auswertungen sind Grundvoraussetzung für eine effektive und gezielte Verkehrssicherheitsarbeit, die auch auf computerunterstützte Darstellungen und auf Unfallsimulationen beruht.

Stadtentwicklung und Verkehr

Eine wesentliche Aufgabe stellt die sicherheitstechnische Planungsbegutachtung (Verkehrssicherheitsaudit) sämtlicher Planungen der Magistratsabteilungen 18, 28 und 46, der Wiener Linien u. a. dar. Amtssachverständige für Verkehrssicherheit sind bei Verfahren zur Festlegung von Verkehrsmaßnahmen durch die Straßenverkehrsbehörde, Eisenbahnbau und -betrieb bei der Sicherung schienengleicher Eisenbahnkreuzungen, Verfahren zur Erteilung eisenbahnrechtlicher Genehmigungen von Haupt- und Nebenbahnen, Straßenbahnen (inklusive U-Bahnen) und bei Anschlussbahnen tätig.

Die **Jugendombudsfrau** ist für die Koordinierung und als Ansprechpartnerin für Schulen in Angelegenheiten der Schulwegsicherheit sowie für die Betreuung verkehrssicherheitsrelevanter Problemstellungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, zuständig.

Das Team „**Öffentlichkeitsarbeit**“ übernahm 2003 die Organisation des autofreien Tages, die Safe-Bike-Veranstaltungen für einspurige motorisierte Verkehrsteilnehmer/innen und die Präsentation der Verkehrsleitzentrale im Rahmen einer Veranstaltung.

Das Team „**Baustellenkoordination**“ ist für die Kontrolle der Einhaltung der Baustellenabsicherung und Bescheidaufgaben – speziell in Hinblick auf sehbehinderte Personen – sowie für die entsprechende Information der Medien zuständig.

Das neu gebildete **EDV-Team** ist als „first level support“ für die gesamte Abteilung tätig. Es wurde ein Relaunch des internen Internet-Auftritts durchgeführt und ein abteilungseigener ELAK sowie ein workflow basierendes Programm zur Abwicklung des Verfahrens nach § 90 StVO entwickelt und mit Ende 2003 im Echtbetrieb eingeführt.

Rechtliche Verkehrsangelegenheiten (MA 65)

Im Jahr 2003 war es nach wie vor eine wichtige Aufgabe der Abteilung, die Agenden als **Berufungsbehörde** wahrzunehmen. Die zu bearbeitenden Berufungsfälle betrafen hauptsächlich Administrativsachen, wie etwa die Ausstellung von Ausweisen für dauernd stark gehinderte Personen (§ 29b StVO 1960), weiters die Erledigung von Berufungsverfahren in Angelegenheiten der Aufhebung der Zulassung von Kraftfahrzeugen sowie der Entfernung von Verkehrshindernissen, insbesondere betreffend Kostenvorschreibungen für die Abschleppung von Fahrzeugen (§ 89a StVO 1960) und Kostenvorschreibungen für die Beseitigung gröblicher Verunreinigungen der Straße (§ 92 StVO 1960).

Darüber hinaus waren noch zahlreiche Berufungsverfahren betreffend die Abweisung von Anträgen auf Parkausnahmegenehmigung für ein zeitlich uneingeschränktes Parken in den flächendeckenden Kurzparkzonen der von der Parkraumbewirtschaftung betroffenen Bezirke 1 bis 9

und 20 (sogenannte „Parkpickerl“) zu erledigen.

In legislativer Hinsicht waren im Berichtsjahr wieder mehrere straßenpolizeiliche und kraftfahrrechtliche Vorschriften fachlich zu begutachten. Hervorzuheben sind hiezu insbesondere die Entwürfe für Novellen zum Kraftfahrgesetz, zum Führerscheingesez, zur Führerscheingesez-Durchführungsverordnung, zur Führerscheingesez-Fahrprüfungsverordnung, zur Ferienreiseverordnung und zur Schulwegsicherungsverordnung. Darüber hinaus hat die Abteilung Entwürfe für Novellen zum Wiener Fiaker- und Pferdewagenmietgesetz und zur Betriebsordnung für Fiaker- und Pferdewagenunternehmen ausgearbeitet. Zur Wahrung der Interessen des Landes Wien nahmen Abteilungsleiter, Stellvertreter und Referent/innen auch 2003 wieder an verschiedenen Fachtagungen und Länderkonferenzen, die jährlich abgehalten werden, teil.

Im **Fahrschulbereich** war es wie bisher eine wichtige Aufgabe des in der Abteilung eingerichteten Fahrschulinspektorates, die ordentliche und gesetzmäßige Ausbildung der Führerscheinwerber in den Fahrschulen zu überwachen. Zusätzlich stellten auch die in der Abteilung regelmäßig abgehaltenen Lehrbefähigungsprüfungen für Fahrlehrer und Fahrschullehrer ein wichtiges Regulativ für das Niveau der Ausbildung in den Fahrschulen dar. Auch wurden die vorgeschriebenen Aufzeichnungen über den Ausbildungsgang der Fahrschüler im Hinblick auf die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlehreinheiten, die vorschriftsmäßige Ausbildung der Fahrschüler sowie die Einhaltung der Meldepflichten der Fahrschulinhaber (hinsichtlich der verwendeten Schulfahrzeuge und des eingesetzten Lehrpersonals) kontrolliert. Der Einhaltung der Mindestkursdauer für die Ausbildung der Führerscheinwerber (14-Tage-Kurse) und dem Aushang betreffend die vollständige und übersichtliche Darstellung der Preise für die von den Fahrschulen angebotenen Leistungen wurde besonderes Augenmerk gewidmet.

Im **Fahrschulreferat** wurden im Jahre 2003 insgesamt 932 Geschäftsfälle bearbeitet, nämlich Erteilung von Fahrschulbewilligungen, Genehmigung von Fahrschulleitern, Genehmigung von Schulfahrzeugen, Ausstellung der Fahr(schul)lehrerberechtigungen. Auf Grund von Anträgen auf Erteilung oder Erweiterung von Fahr(schul)lehrerberechtigungen wurden im Berichtsjahr laufend Lehrbefähigungsprüfungen abgenommen. 96 neue oder erweiterte Berechtigungen sind nach bestandener Prüfung erteilt worden. In den Angelegenheiten der Fahrprüfung wurden von der Abteilung namens des Landeshauptmannes im Jahre 2003 auch neun Anträge auf Bestellung zum sachverständigen Fahrprüfer für die praktische Fahrprüfung gemäß § 34 FSG behandelt und zum Teil bereits entschieden bzw. in Evidenz genommen. 180 bereits bestellte Fahrprüfer/innen wurden zu den nunmehr zwingend vorgeschriebenen Fortbildungskursen bzw. Vorträgen geladen.

Im Zuge der Privatisierung der Zulassung wurden Versicherungen ermächtigt, drei weitere Zulassungsstellen einzurichten. Ebenso wurden im Jahr 2003 im Namen des Landeshauptmannes von der Magistratsabteilung 65 insgesamt 27 Ärzt/innen zum/zur sachverständigen Arzt/Ärztin für Allgemeinmedizin gemäß § 34 Abs. 1 Führerscheingesetz bestellt. 78 sachverständige Ärzt/innen wurden wieder bestellt. Schließlich wurden 137 Straßenaufsichtsorgane gemäß § 97 Abs. 2 StVO 1960 und sieben Mautaufsichtsorgane gemäß § 17 Abs. 2 Bundesstraßen-Mautgesetz 2002 bestellt.

Im **Kraftfahrlinienreferat** wurden im Berichtsjahr zum Zweck der bescheidmäßigen Festsetzung von Haltestellen zahlreiche Ortsverhandlungen durchgeführt (Überprüfung, Verlegung oder Neufestsetzung von Haltestellen). Die Zuständigkeit zur Haltestellenfestsetzung erstreckt sich auf sämtliche in Wien verkehrende öffentliche und private Kraftfahrlinien (Einlandlinien, Mehrlandlinien und internationale Kraftfahrlinien). Als Konzessionsbehörde für öffentliche und private Einlandlinien waren Konzessionsänderungen bzw. -verlängerungen zu behandeln, sowie die Fahrpläne und -preise konzessionsbehördlich zu genehmigen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie erfolgten zahlreiche Stellungnahmen (nach durchgeführtem Ermittlungsverfahren) bezüglich Straßeneignung und Bestehen der sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für Kraftfahrlinien, die in den Zuständigkeitsbereich des genannten Bundesministeriums als Konzessionsbehörde fallen (öffentliche und private Mehrlandlinien sowie internationale Kraftfahrlinien). Im Zusammenhang mit sonstigen – insbesondere baulichen – Angelegenheiten, die den Kraftfahrlinienverkehr betrafen, wurde an von anderen Dienststellen angesetzten Ortsverhandlungen teilgenommen bzw. wurden diesbezügliche Stellungnahmen und Auskünfte erstattet.

Statistisch ergibt sich für die Dienststelle im Berichtsjahr zusammenfassend folgendes Bild: Im

Jahre 2003 langten insgesamt 3.924 Geschäftsstücke zur Bearbeitung ein, wovon 11 Gegenschriften an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof) auszuarbeiten waren. Demgegenüber sind 2003 insgesamt 3.170 Geschäftsstücke erledigt worden.

Parkraumüberwachung (MA 67)

Zum Stichtag 31. Dezember 2003 waren in der MA 67 insgesamt 434 Mitarbeiter/innen beschäftigt, davon 192 in den Innendienstbereichen (Abteilungsleitung/Organisation und den Referaten zur Führung der Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz) und 242 in den Außendienstbereichen (davon 66 zur Bundespolizeidirektion Wien abgeordnete Mitarbeiter/innen der Parkraumüberwachung und 176 Mitarbeiter/innen der Kurzparkzonenüberwachung).

Die Organisation der Kurzparkzonenüberwachung wurde im Jahr 2003 dahingehend geändert, dass die Überwachung nunmehr von zwei Stützpunkten aus durchgeführt wird. Durch diese Organisationsänderung soll eine Verbesserung und Beschleunigung der Arbeitsabläufe in den Stützpunkten selbst und außerdem eine Verringerung der Anfahrtswege und -zeiten der Überwachungsorgane zu den Einsatzgebieten erzielt werden.

Seit September 2003 besteht durch eine entsprechende Änderung des Parkometergesetzes für Wien die Möglichkeit, die **Parkometerabgabe per SMS** mittels Mobiltelefon zu entrichten, das Ausfüllen eines Parkscheines ist damit nicht mehr zwingend notwendig.

Zur Überprüfung der ordnungsgemäßen Entrichtung der Abgabe erfolgt die Überwachung und die Erfassung von Übertretungen des Parkometergesetzes durch elektronische Überwachungsgeräte. Die organisatorischen Maßnahmen zur Einführung dieses neuen Überwachungssystems und die notwendige Schulung des Personals stellten einen der wesentlichen Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2003 dar.